



# **BACHELORARBEIT**

Jana Bille

**Die Entwicklung des Einsatzes  
audiovisueller Medien  
im Rahmen der politischen  
Bildungsarbeit bei der  
Konrad-Adenauer-Stiftung**

***The development of the use  
of audiovisual media  
within the framework of political  
education at the  
Konrad-Adenauer-Foundation***

2011

Fakultät Medien

# **BACHELORARBEIT**

**Die Entwicklung des Einsatzes  
audiovisueller Medien  
im Rahmen der politischen  
Bildungsarbeit bei der  
Konrad-Adenauer-Stiftung**

Autor:

**Jana Bille**

Studiengang:

**Angewandte Medienwirtschaft**

Seminargruppe:

**AM08wT1-B**

Erstprüfer:

**Prof. Dr. phil. Otto Altendorfer**

Zweitprüfer:

**Prof. Dr. phil. Ludwig Hilmer**

Mittweida, Juli 2011

## **Bibliographische Beschreibung**

Bille, Jana:

Die Entwicklung des Einsatzes audiovisueller Medien im Rahmen der politischen Bildungsarbeit bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. – 2011 – 71 S.  
Mittweida, Hochschule Mittweida (FH), Fachbereich Medien, Bachelorarbeit

## **Referat**

Ohne politische Bildung keine Demokratie. Seit Ende des Nationalsozialismus machte sich der Deutsche Staat zur Aufgabe, seine Bürger demokratisch zu bilden. Um politisch zu bilden bedarf es an interessierten und motivierten Bürger, die sich freiwillig belehren lassen wollen und Mut zum politischen handeln haben. Wie es den politischen Instituten möglich ist vor allem heutzutage das Interesse beim Menschen zu wecken um wieder aktiv in der Gesellschaft zu sein, wird in der hier vorliegende Arbeit untersucht. Beschäftigt wird sich mit dem Einsatz audiovisueller Medien im Rahmen der politischen Bildungsarbeit am Beispiel der Konrad-Adenauer-Stiftung. Vor allem wird hier auf das Medium Film eingegangen.

## Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis .....	VI
Tabellenverzeichnis .....	VII
1 Einleitung .....	8
2 Politische Bildung .....	10
2.1 Grundverständnis Politische Bildung .....	10
2.2 Schulische politische Bildung .....	12
2.3 Außerschulische politische Bildung .....	15
2.4 Geschichtlicher Wandel der politischen Bildung ab 1945 .....	17
2.4.1 Politische Bildung in der Re-education nach 1945 .....	17
2.4.2 Politische Bildung in den 50er Jahren .....	19
2.4.3 Politische Bildung in den 60er Jahren .....	20
2.4.4 Politische Bildung in den 70er Jahren .....	22
2.4.5 Politische Bildung in den 80er Jahren .....	24
2.4.6 Politische Bildung in den 90er Jahren bis in die Gegenwart .....	25
3 Konrad-Adenauer-Stiftung .....	27
3.1 Die Entstehung .....	27
3.2 Ziele und Aufgaben .....	28
3.3 Abteilungen .....	29
3.3.1 Akademie .....	29
3.3.2 Hauptabteilung Politik und Beratung .....	30
3.3.3 Europäische und Internationale Zusammenarbeit .....	31
3.3.4 Politische Bildung .....	31
3.3.5 Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) .....	33
3.3.6 Begabtenförderung .....	34
3.3.7 Kultur .....	35
3.4 Parteinaher Stiftung .....	36
3.4.1 Kurzüberblick des geschichtlichen Werdegangs parteinaher Stiftungen ...	36
3.4.2 Vereinbarte Aufgabenfelder und Ziele .....	39
3.4.3 Finanzierung .....	40

4 Einsatz audiovisueller Medien in der politischen Bildungsarbeit und in der Konrad-Adenauer-Stiftung .....	42
4.1 Allgemeine Definition audiovisueller Medien .....	42
4.2 Einsatz audiovisueller Medien in politischer Bildung .....	44
4.2.1 Der Film als audiovisueller Mittler .....	46
4.2.2 Bildaufnahmen als audiovisueller Mittler .....	46
4.3 Einsatz von AV Medien in der KAS von den 80er Jahren bis heute .....	49
5 Betrachtung von Vor- und Nachteilen des Einsatzes audiovisueller Medien .....	52
5.1 Gründe für den verstärkten Einsatz audiovisueller Medien .....	52
5.1.1 Veränderung der Medienlandschaft und des Medienkonsums .....	54
5.2 Nachteile in der Anwendung von audiovisuellen Medien .....	55
6 Einsatz von audiovisuellen Medien in der politischen Bildungsarbeit anhand von zwei Beispielen der Konrad-Adenauer-Stiftung .....	57
6.1 Orte der Demokratie .....	57
6.2 Politische Rhetorik und Medientraining .....	59
7 Fazit .....	61
7.1 Bilanz und Ausblick darauf, wie sich der Einsatz von AV Medien in den nächsten Jahren entwickeln wird .....	61
Literaturverzeichnis .....	64
Bücher .....	64
Internetquellen .....	67
Schriftlicher Kontakt .....	70

**Abbildungsverzeichnis**

<b>Abbildung 1:</b> Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden der politischen Bildung während einer `Schülerkarriere` (Sollwerte) .....	15
<b>Abbildung 2:</b> Die durchschnittliche Tagesreichweite von Nutzung der Massenmedien in Prozenten angegeben von 1964- 2010 .....	54
<b>Abbildung 3:</b> Durchschnittliche Nutzungsdauer der einzelnen Medien am Tag von 1964-2010 .....	55

**Tabellenverzeichnis**

**Tabelle 1:** Folgerung aus der Infratest-Untersuchung 1965/66: Die  
Verwendung von Unterrichtsfilmen wird für Sinnvoll gehalten ..... 43

**Tabelle 2:** Folgerung aus der Infratest-Untersuchung 1965/66:  
Ausstattung der Schulen mit technischen Geräten ..... 43

## 1 Einleitung

Wenn Du Dich nicht um mich kümmerst, dann verlasse ich dich... Deine Demokratie.

Peer Steinbrück

Die politische Bildung hat zum Ziel Kenntnisse über politische Sachverhalte, Strukturen und Themen zu vermitteln sowie Demokratiebewusstsein, Toleranz und Kritik zu stärken. Sie will den Einzelnen dazu befähigen aktiv am politischen Geschehen teilzuhaben. Denn wie Friedrich Ebert schon 1919 feststellte: „Eine Demokratie braucht Demokraten“. Politische Bildung findet sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich statt. Zu den Trägern im außerschulischen Bereich gehören neben Jugendzentren, unabhängigen Institutionen und Stiftungen auch parteinahe Stiftungen. Jede der großen Parteien besitzt eine solche Stiftung. In meiner Arbeit werde ich vor allem die Konrad-Adenauer-Stiftung<sup>1</sup> betrachten. Die KAS beschreibt ihre Aufgabe und Ziele in der politischen Bildung wie folgt:

„Die Konrad-Adenauer-Stiftung will Bürgerinnen und Bürger befähigen, als mündige Bürger für unsere freiheitliche Demokratie zu werben und zugleich eine aktive Rolle in Politik und Gesellschaft zu übernehmen. Dazu vermittelt die Konrad-Adenauer-Stiftung politisches und wirtschaftliches Grundlagenwissen und fördert die Befähigung zum aktiven Bürger in der Demokratie. Dabei ist Politische Bildung mehr als Institutionenkunde oder Aktualitätsforum, sie vermittelt die wertbezogenen Grundlagen unserer demokratischen Ordnung.“<sup>2</sup>

Seit 1945 haben sich die Konzepte und die Vorgehensweise der politischen Bildung beständig verändert. Nicht nur durch historische Umwälzungen, sondern vor allem auch durch die Entwicklung neuer Medien und Technologien. Heute ist auch die politische Bildung auf den Einsatz verschiedener Medien angewiesen, um für ein interessantes, abwechslungsreiches und zeitgemäßes Angebot zu sorgen.

Diese Entwicklung näher zu betrachten ist Ziel meiner Arbeit. Ich möchte zeigen, wie sich der Einsatz audiovisueller Medien<sup>3</sup> in der politischen Bildungsarbeit der KAS seit den achtzigern bis heute entwickelt hat.

---

1 Im Folgenden abgekürzt mit KAS.

2 KAS: <http://www.kas.de/wf/de/42.5/>, 18.07.2011, 2011, o.S.

3 Im Folgenden abgekürzt mit AV Medien



Hierzu beschreibe ich zunächst das Grundverständnis (2.1), die Strukturen (2.2, 2.3) und die Entwicklung (2.4) der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Im nächsten Punkt widme ich mich der KAS und beschreibe ihre Entstehung (3.1), ihren Aufbau, ihre Ziele und Aufgaben (3.2) sowie die verschiedenen Abteilungen (3.3), in die sie sich gliedert. Dann gehe ich genauer auf die Entwicklung (3.4.1) und Strukturen (3.4.2) parteinaher Stiftungen ein. In meinem vierten Punkt stelle ich dann den Einsatz von AV Medien in der allgemeinen politischen Bildungsarbeit (4.2) und bei der KAS (4.3) dar. In einem nächsten Punkt (5) gehe ich auf Vor- und Nachteile von AV Medien ein. Ich zeige Fehler auf, die bei der Anwendung von AV Medien gemacht werden können und versuche aufzuzeigen, warum sie für die politische Bildungsarbeit von erheblicher Bedeutung sind. In diesem Abschnitt beschreibe ich zudem die Veränderung der Medienlandschaft und des Medienkonsums. Anhand zweier Veranstaltungen der KAS, „Orte der Demokratie“ (6.1) und „Politische Rhetorik und Medientraining“ (6.2), zeige ich dann anhand zweier Beispiele aus der Praxis wie und aus welchen Gründen die KAS AV Medien in ihre Arbeit einbindet. Im letzten Punkt fasse ich meine Ergebnisse zusammen und wage einen kurzen Ausblick auf die zukünftige Entwicklung des Einsatzes von AV Medien in der politischen Bildung.

## 2 Politische Bildung

Der erste Abschnitt der Arbeit wird zunächst einen Überblick über politische Bildung verschaffen. Es werden verschiedene Formen der politische Bildung erläutert und in der Zeitspanne von der Re-education bis in die Gegenwart behandelt.

### 2.1 Grundverständnis politischer Bildung

„Wo aber Informationen unterdrückt werden, wird Dummheit gewünscht, wo einschüchternde Tabus wirken, wird die Selbstentfaltung des Menschen verhindert“<sup>4</sup>.

Eine genaue Begriffsbestimmung im Sinne einer Definition für politische Bildung gibt es gar nicht, da der Begriff in der Wissenschaft andere Bedeutungen hat als in der Politik. Uwe Andersen unterscheidet die politische Bildung zum einen im allgemeineren Sinne als „Sammelbegriff, der alle Prozesse umfasst, die auf jeden Menschen als Mitglied einer sozialen und politischen Ordnung über unterschiedliche Gruppen, Organisationen, Institutionen und Medien politisch prägend einwirken“<sup>5</sup>, zum anderen spricht Andersen von gezielten und organisatorisch geplanten Handlungen der Bildungseinrichtungen. Erwachsene und Jugendliche sollen politisch relevantes Wissen gelehrt bekommen, um am politischen und gesellschaftlichen Umfeld teilhaben zu können<sup>6</sup>.

Bei politischen Bildungseinrichtungen kann grob zwischen schulischer politischer Bildung und der außerschulischen Erwachsenen- und Weiterbildung differenziert werden. Die Sozialisierungsprozesse finden auch an beruflichen Schulen, in der Bundeswehr, vom Bundesamt im Zivildienst statt. Auch an Hochschulen und Universitäten wird politische Bildung angeboten.

„Politische Bildung ist so alt wie das Menschengeschlecht; doch ebenso gewiss ist es, dass sich im Lauf der Geschichte vieles gewandelt hat“<sup>7</sup>. An Bedeutsamkeit hat politische Bildung jedoch nicht verloren. Jede Gesellschaft stand und steht vor der Aufgabe, die politischen Angelegenheiten zu organisieren und diese den Bürgern, vor allem der jungen Generation, zu vermitteln. Man spricht dabei von politischer Sozialisation.

Wolfgang Sander zufolge ist politische Sozialisation: „der Erwerb jener Werthaltung,

---

4 Schausberger, Norbert : Politische Bildung als Erziehung zur Demokratie, Wien – München 1970, S. 23

5 Andersen, Uwe : Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, Opladen 1997, S. 449

6 vgl. ebd.

7 Fischer Kurt Gerhard : Einführung in die politische Bildung. Ein Studienbuch über den Diskussions- und Problemstand der Politischen Bildung in der Gegenwart, Stuttgart 1973, S. 9

Einstellungen, Überzeugungen, Wissensbestände und Handlungspositionen, die für die Stabilität der politischen Ordnung einer Gesellschaft als erforderlich betrachtet werden“<sup>8</sup>. Das Wissen kann sich der Bürger in verschiedenen so genannten Sozialisationsinstanzen erwerben. Zu den Instanzen zählen, die Familie, Nachbarn, Peergroups und Medien, aber auch Schulen, das Militär und der Arbeitsplatz. Der Einfluss der einzelnen Instanzen war jedoch nicht immer gleich gewichtet, sodass auf die Schüler im 20. Jahrhundert wegen der längeren Schullaufbahn eine höhere Sozialisationswirkung ausgeübt wurde, als auf die junge Generation im 19. Jahrhundert<sup>9</sup>.

Nicht nur die Dauer der politischen Bildung und Erziehung war verschieden, sondern auch die Intention. Je nach Regierungsform des Staates wurde der Gesellschaft das zu Erfahrende durch politische Bildung ausführlich gelehrt, wie es heute in der Demokratie üblich ist, oder sie wurde dazu benutzt den Individuen nach Vorstellung totalitärer Machthaber politische Denkweisen zu oktroyieren<sup>10</sup>.

Als wichtigstes Ziel politischer Bildung gilt in der Demokratie die Mündigkeit jedes Individuums. Mündigkeit wird als die Fähigkeit angesehen, in der Gesellschaft selbständig zu handeln und eigenständig urteilen und entscheiden zu können<sup>11</sup>.

Schon Anfang des 20. Jahrhunderts wurde für kurze Zeit das Augenmerk auf demokratische Führung gerichtet. In der Weimarer Republik wurden nach der Reichsverfassung von 1919 vier Grundgedanken für die politische Bildung bestimmt. Das zentrale Motiv der politischen Bildung war der erste Grundgedanke, die staatsbürgerliche Gesinnung<sup>12</sup>. Der zweite Grundgedanke galt dem Geist des deutschen Volkstums, gerade wegen des kurze Zeit vorher verlorenen Krieges. Der Staat sehnte sich nach „Einheit“ und „Gemeinschaft“. Die zwei weiteren Grundgedanken waren zum einen der Gedanke der Völkerversöhnung und zum anderen die Schonung der Empfindungen Andersdenkender. Es sollte jedes Gedankengut, sogar das der noch vorhandenen Monarchen, toleriert werden. Da die Bereitschaft der Lehrer und Eltern in den zwanziger Jahren für „den Umbau der Gesellschaft in Richtung Demokratie aktiv zu unterstützen“<sup>13</sup> nicht sehr ausgeprägt war und „das deutsche Bildungswesen für die formulierten Ziele pädagogisch noch nicht

---

8 Sander, Wolfgang (Hrsg.) : Handbuch politische Bildung. Reihe Politik und Bildung, Band 11, Schwalbach/Ts 1997, S.5

9 vgl. Detjen, Joachim : Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland, München 2007, S. 3

10 vgl. Detjen, 2007, S. 3f

11 vgl Detjen, 2007, S. 211

12 vgl Kuhn, Hans Werner / Massing, Peter / Skuhr, Werner (Hrsg.) : Politische Bildung in Deutschland. Entwicklung – Stand – Perspektiven, Opladen 1990, S. 53

13 ebd.

vorbereitet war“<sup>14</sup>, scheiterte „der erste Versuch, einer demokratischen Staatsform auf deutschem Boden“<sup>15</sup>.

Während der nationalsozialistischen Diktatur von 1933 bis 1945 wurde von Adolf Hitler genau das Gegenteil von der pädagogischen Erziehung verlangt. Man legte keinen Wert darauf, mündige Bürger zu haben, sondern sie mussten im Sinne der herrschenden Ideologie funktionieren. Die Demokratie hingegen ist auf mündige Bürger angewiesen. Denn eine Demokratie ohne Bürger, die partizipieren, ist keine Demokratie. Erst nach 1945 wurde in der Bundesrepublik Deutschland der Demokratie wieder Beachtung geschenkt<sup>16</sup>. Während des 17., 18. und 19. Jahrhunderts wurde der Staat von der Monarchie regiert. Der Bürger wurde als unmündiger Untertan erzogen.

In Diktaturen erziehen und erziehen die Herrscher den Bürger nach der vorherrschenden totalitären Ideologie; ergo, zu ihren Zwecken. Sie müssen und mussten nach bestimmten Werten und Normen handeln. Selbständiges Denken und Handeln wird nicht verlangt, ist eher unerwünscht. Detjen spricht hier von „politischer Indoktrination“<sup>17</sup>.

## 2.2 Schulische politische Bildung

„Die Schule soll geradezu die Pflanzstätte der Gesinnung sein, die dereinst die Demokratie der Deutschen zu voller Blüte erwecken wird“<sup>18</sup>.

Es gibt zwei wesentlich zu unterscheidende Orte politischer Bildung und Erziehung. Zum einen den Bereich schulische politische Bildung und zum anderen außerschulische politische Bildung.

Die Anfänge der schulisch politischen Bildung begann Anfang des 17. Jahrhunderts. Dieses Jahrhundert ist auch das des modernen Schulwesens, welches durch den absolutistischen Führungsstaat eingeführt wurde. Von Anfang an ist die Schule der zentrale Ort politischer Bildung und Erziehung gewesen, da diese Einrichtung, wegen der vorgeschriebenen Schulpflicht, der einzige Ort war, an dem alle Menschen politisch gebildet und erzogen werden konnten. Bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war es jedoch nur den Jungen gestattet, an öffentlichen Schulen unterrichtet zu werden. Die Mädchen wurden erst dann, getrennt vom anderen Geschlecht in gymnasialen Institutionen gebildet.

---

14 Kuhn, 1990, S.54.

15 Kuhn, 1990, S.55

16 vgl Detjen, 2007, S.

17 2007, S.6

18 Litt, Theodor : Die politische Selbsterziehung des deutschen Volkes.

Kaiser Wilhelm II. (letzter deutscher Kaiser und König von Preußen) richtete am 1. Mai 1889 einen Erlass an das preußische Staatsministerium, in dem er forderte, im Schulwesen selbstständige, staatsbürgerliche Erziehung einzuführen<sup>19</sup>.

„Schon längere Zeit hat mich der Gedanke beschäftigt, die Schule in ihren einzelnen Abstufungen nutzbar zu machen, um der Ausbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideen entgegenzuwirken. In erster Linie wird die Schule durch Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterland als Grundlage für eine gesunde Auffassung auch der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen haben“<sup>20</sup>.

Im Laufe der Jahrhunderte haben sich fünf grundsätzliche Positionen aus vielen Antworten auf die Frage nach der Funktion der schulischen politischen Bildungs- und Erziehungsarbeit herauskristallisiert:

1. Die Förderung der politischen Mündigkeit des Individuums
2. Die Qualifizierung des Individuums zu einem funktionierendem Mitglied des Gemeinwesens
3. Die Stabilisierung der jeweils gegebenen Herrschaftsordnung
4. Die Verankerung der geistigen Grundlagen des Gemeinwesens im Bewusstsein der Menschheit
5. Die Besserung der gesellschaftlich - politischen Zustände<sup>21</sup>

Detjen sieht die zweite, dritte und vierte Funktion als, „verschiedene Aspekte ein- und derselben Grundfunktion, nämlich der „Bestandssicherung der politischen Ordnung“<sup>22</sup>, an. Dies soll auch ein Argument dafür sein, warum „politische Bildung und Erziehung überhaupt als staatliche Aufgabe begriffen wird“<sup>23</sup>.

In der Demokratie haben sich folgende Schulwesen gebildet: das Gymnasium, die Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe, die Realschule, Hauptschule, Sonderschule und Grundschule. Je nach Begabung und Leistungsbereitschaft des Schülers gelangt er nach der vierten Klasse, im Optimalfall, auf die für ihn geeignetste Schule. In jedem Schulwesen wird politische Bildungsarbeit eingesetzt, doch gibt es dort erhebliche Unterschiede.

---

19 Sander, 1997, S.

20 Fischer, 1973, S.12

21 Detjen, 2007, S.

22 ebd.

23 ebd.

So wird bei einem Gymnasium vom „[...] eigentlichen Ort der politischen Bildung“<sup>24</sup> gesprochen.

Bei Real- und Hauptschule erkennt man keinen großen Unterschied bei der politischen Bildungsarbeit. Natürlich wird auch im beruflichen Schulwesen politisch gebildet. Demokratisch gesehen sollen alle Bürger emanzipatorisch herangebildet werden.

Im Zeitalter vor der Demokratie (17. Jahrhundert) war es nicht für jeden jungen Bürger möglich, sich in jedem beliebigen Schulwesen zu bilden. Es gab sogenannte Standes-schranken, die dazu führten, dass für den Nachwuchs des Adels Ritterakademien errichtet wurden und für die Unterschicht eine Elementar- und Landesschule. Die Kinder der Unterschicht hatten somit nie eine Chance, politisch gebildet und erzogen zu werden, da man in diesem Jahrhundert das Wissen nur für Berufe wie Beamte und Offiziere benötigte. Nur als angesehener Bürger der Oberschicht konnte man diese Berufe ausüben.

Erst seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gibt es ein eigenständiges Fach für Politik, das man auch unter den Bezeichnungen Sozialkunde, Gemeinschaftskunde, politische Weltkunde und Sozialwissenschaft kennt.

Auch in anderen Schulfächern spielen politische Aspekte eine große Rolle. Der Geschichts- und Geographieunterricht ist vor allem dafür geeignet, Sach- und Problemzusammenhänge über die politische Vergangenheit einfließen zu lassen<sup>25</sup>. „Im Rahmen der fachlichen Möglichkeiten [soll bei den Schülern] Verständnis für politische gesellschaftliche, ökonomische und rechtliche Zusammenhänge“<sup>26</sup> geweckt werden. Der Hauptfokus für die politische Bildungsarbeit und das Lehren der Demokratiefähigkeit wird auf die Schulphase der Sekundarstufe 1 (Jahrgangsstufe von fünf bis neun/zehn) gelegt, da nach den erbrachten zehn Pflichtschuljahren 70 % aller Schüler in die Berufswelt einsteigen<sup>27</sup>. Ondrej Kalina hat in seiner Publikation „Erfolgreich. Politisch. Bilden.“ 2010 eine Tabelle veröffentlicht, in welcher Richtwerte aufgezeigt werden, wie viele Unterrichtsstunden für politische Bildung im schulischen Werdegang der Sekundarstufe 1 aufgewendet werden. Dabei wurde berücksichtigt, dass politische Bildung nicht als eigenständiges Fach in ganz Deutschland gilt. Hierbei spielen auch die oben genannten Schulfächer eine Rolle, die politische Bildung mit in den Unterricht einfließen lassen, aber bei denen nicht klar definiert ist, wie viel Zeit dafür in Anspruch genommen wird.

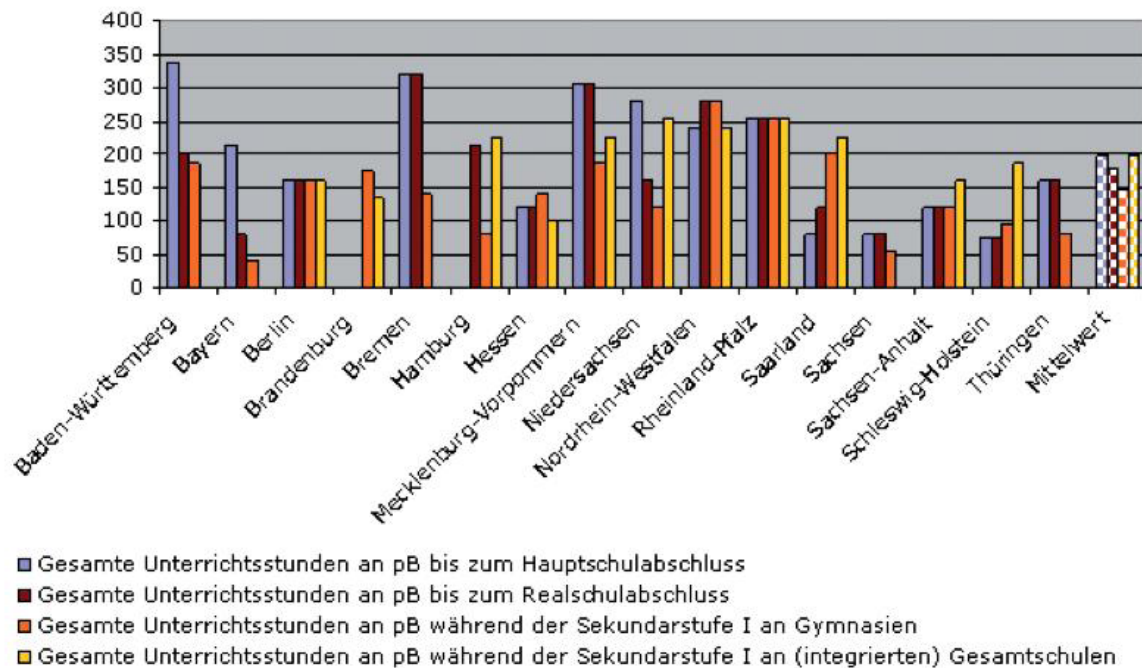
---

24 Detjen, 2007, S. 8

25 vgl. Detjen, 2007 S. 8 ff

26 Kalina, Ondrej : Erfolgreich.Politisch.Bilden. Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland, Sant Augustin / Berlin 2010, S. 21

27 vgl. Kalina, 2010, S.22



**Abb.1** : Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden der politischen Bildung während einer 'Schülerkarriere' (Sollwerte)

Obwohl Detjen in seinem Buch über politische Bildung 2007 angibt, dass das Gymnasium der eigentliche Ort für politische Bildung sei, wird man von Kalina drei Jahre später, eines anderen belehrt. Nach den Mittelwerten zu urteilen, kommt nämlich politische Bildung an Gesamt-, Haupt- und Realschulen tendenziell mehr an Bedeutung zu<sup>28</sup>.

## 2.3 Außerschulische politische Bildung

„Wenn es bei uns Deutschen um politische Erziehung geht, dann handelt es sich um einen Erziehungsvorgang, dessen Eigenart darin besteht, dass nicht die Älteren erziehen und die Jüngeren erzogen werden, vielmehr die Älteren so gut wie die Jüngeren erzogen werden“<sup>29</sup>.

Geprägt von der Re-education der US-Amerikaner und britischen Besatzungsmächte nach dem Zweiten Weltkrieg wurde aus der Volksbildung die Erwachsenenbildung abgeleitet. Das Land musste nicht nur von Schutt und Asche befreit werden, es benötigte auch ein

<sup>28</sup> vgl. Kalina, 2010, S. 24

<sup>29</sup> Litt, 1956, S.7

neues politisches System. Für die Menschen sollten formale und mentale Grundlagen geschaffen werden, um demokratisch denken und leben zu können. Entstehen sollte ein Staat, der sich in der Zukunft nicht mehr nur auf sich selbst konzentrierte, sondern sich auch mit der Kultur anderer Staaten befasste und sich darauf wissbegierig einließe<sup>30</sup>. Weitere geschichtliche Hintergrundinformationen werde ich noch in dem Punkt (2.4) untersuchen und aufführen. In diesem Kapitel werde ich mich auf die Erwachsenenbildung in der Gegenwart beziehen.

In einer Demokratie hat jeder Mensch das Recht sich politisch (weiter) zu bilden<sup>31</sup>. Die außerschulische politische Bildung wird für die Jugend, vor allem nach ihrer vorgeschriebenen Schullaufbahn, und für die Erwachsenen angeboten.

Die politische Jugendbildung gehört der allgemeinen außerschulischen politischen Jugendbildung an, die ein rechtlicher Teil der Jugendhilfsorganisation in Deutschland ist. Verantwortlich für diesen Bereich sind die Jugendämter. Im Rahmen der kommunalen Jugendpflege arrangieren die Ämter politisch bildende Veranstaltungen. Es gibt freie Träger wie Jugendverbände, politische Jugendorganisationen, sowie freie Initiativen und Selbsthilfegruppen, die von den Ämtern gefördert und koordiniert werden<sup>32</sup>.

Eine Vielzahl von verschiedenen Institutionen, Organisationen und Trägern bietet politische Erwachsenenbildung an. Man unterscheidet zwischen den öffentlich getragenen Bildungseinrichtungen, den freien Trägern und den selbstorganisierten Gruppen.

Zu den öffentlichen Trägern gehören Bundeszentrale und Landeszentralen für politische Bildung und die Volkshochschulen. Diese haben die Aufgabe, sich an alle Bürger zu wenden, auch wenn das Thema nur für bestimmte Zielgruppen interessant wäre. Jedes Individuum soll das Gefühl vermittelt bekommen, an allem in der politischen Bildung, als Lernender, teilhaben zu können<sup>33</sup>.

Von den Institutionen wird alles für ein Seminar vorbereitet und gestellt. Dabei handelt es sich um einmalige ca. anderthalb Stunden lange Vorträge, Abend-/Tageskurse und -seminare, die im wiederkehrenden Zyklus einmal in der Woche stattfinden oder Wochen – oder Wochenendseminare<sup>34</sup>. Gestellt werden ReferentInnen, KursleiterInnen, die Räume und ihre technischen Möglichkeiten. Veranstaltungstexte werden vorbereitet und für die Veranstaltungen bei den AdressatInnen geworben. Neben den Veranstaltungen kann

---

30 vgl. Hufer, Klaus-Peter : Lexikon der politischen Bildung. Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Band 2, Schwalbach 1999, S.60

31 vgl. Hufer, 1999, S. 271

32 vgl. Detjen, 2007, S.10,

33 vgl. Hufer, 1997, S. 272

34 vgl. Hufer, 1997, S. 271



sich der Bürger mit angebotener Literatur von Bundeszentrale und Landeszentralen auch selbst weiter informieren.

Die zweite Gruppe besteht aus „weltanschaulich gebundenen Gruppen und Organisationen, [auch nichtinstitutionalisierte oder organisierte politische Bildung genannt], die ihre partiellen Ziele verfolgen“<sup>35</sup>. Diese Einrichtungen werden von Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden unterstützt<sup>36</sup>.

Aus Ökologie-, Friedens-, Frauen- und Alternativbewegungen heraus engagieren sich viele Menschen in den selbstorganisierten Gruppen und Initiativen, die die dritte und jüngste Trägerschaft bilden. Diese Gruppen verwahren sich „gegen die Etabliertheit der Einrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft“<sup>37</sup>. Sie wollen nicht nur politisch gebildet werden, sondern streben danach, politisch handeln zu können.

## **2.4 Geschichtlicher Wandel der politischen Bildung ab 1945**

Bei der Entwicklung des Einsatzes der AV Medien in der politischen Bildungsarbeit spielt auch der geschichtliche Wandel der politischen Bildung eine Rolle. Es folgt nun ein kurzer Überblick über den geschichtlichen Wandel. Ich beginne mit der Etablierung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, in der Zeit der Re-education der Alliierten nach 1945 und ende mit der Gegenwart.

### **2.4.1 Politische Bildung in der Re-education nach 1945**

Der Zweite Weltkrieg endete am 08. Mai 1945 durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Der deutsche Staat hörte auf zu existieren. Die vier Siegermächte: Amerika, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion teilten sich das Land.

„Die Siegermächte übten ihre Herrschaft durch den Alliierten Kontrollrat aus“<sup>38</sup>.

Dies war der entscheidende Beginn der Entwicklung politischer Bildung, die durch die Umerziehungspolitik der Alliierten bestimmt war. Die Re-education hatte den meisten Einfluss in der Diskussion um die politische Bildung. Nicht nur das Regierungssystem sollte demokratisch geführt werden, auch die Lebensform der deutschen Bürger sollte bis ins einzelne gelehrt werden<sup>39</sup>. Die Gesellschaft sollte insgesamt zu einer demokratischen werden.

---

35 Hufer, 1997, S. 272

36 ebd.

37 ebd.

38 Detjen, 2007, S.99

39 vgl. Andersen/Woyke, 1997, S.450

Bei der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 wurde ein Abkommen formuliert, „worauf sich die Siegermächte bezüglich der Zukunft Deutschlands hatten einigen können“<sup>40</sup>. Die wichtigste Aufführung im Potsdamer Abkommen<sup>41</sup> für die politische Bildung war der 7. Punkt. In diesem wurde festgelegt, dass das Erziehungswesen in Deutschland so überwacht werden muss, dass die nazistischen und militärischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Idee möglich gemacht wird<sup>42</sup>.

Die Siegermächte waren sich im Grunde genommen einig, wie die Bildungspolitik in Deutschland auszusehen hatte. So entstand am 25. Juni 1947 die Direktive Nr. 54 der Alliierten Kontrollbehörden, die zehn Grundsätze zur Demokratisierung aufwies. Zwei Grundsätze waren für die Demokratie von zentraler Bedeutung.

Im 5. Grundsatz hieß es: „Es sollen alle Schulen größtes Gewicht auf die Erziehung zu staatsbürgerlicher Verantwortung und demokratischer Lebensweise legen und Lehrpläne, Schulbücher, Lehr – und Lernmittel und die Organisation der Schule selbst auf diesen Zweck einrichten.“

Der 6. Grundsatz ließ verlauten, dass das Verständnis für andere Völker und Achtung vor ihnen gefordert werden soll und darum sollte man dem Studium der modernen Sprachen in den Lehrplänen besondere Aufmerksamkeit widmen, ohne irgendeiner den Vorrang zu geben<sup>43</sup>.

Die Deutschen sollten in die Welt und in andere Kulturen neu integriert werden. Sie sollten verstehen, dass die Erziehung des Volkes während der Diktatur nicht richtig war.

---

40 Detjen, 2007, S.99

41 Die ersten drei wichtigsten Ziele des Potsdamer Abkommens:  
1. die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands  
2. die Entnazifizierung, d.h. die Verurteilung der Kriegsverbrecher, die Internierung der Funktionsträger und die Entfernung aller Nationalsozialisten aus den öffentlichen Ämtern.  
3. die Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage, aufgeführt

42 ebd.

43 vgl. Detjen, 2007, S.100

## 2.4.2 Politische Bildung in den 50er Jahren

„Man kann Partnerschaft als die aussichtsreichste Möglichkeit bezeichnen, in unserer massenhaften und technisierten Welt eine politische Gesellschaft zu bilden, die haltbarer ist, als die staatsbürgerliche und menschlicher als die kommunistische“<sup>44</sup> (Friedrich Oetinger)<sup>45</sup>.

Am 23. Mai 1949 war die Verkündung des Grundgesetzes. Die Alliierten gaben das Recht des „direkten [Einflusses] [...] auf die Entwicklung des Bildungssystems“<sup>46</sup> an die Bundesrepublik Deutschland ab und die Kulturhoheit der Länder wurde festgelegt. Jedoch war der Streit um die Struktur des Bildungssystems nicht beendet.<sup>47</sup>

Ein Jahr darauf (im Juni 1950) beantwortete das Kultusministerium mit einem Beschluss zur politischen Bildung, die Frage nach der Herangehensweise politischer Bildung in den Schulen. In diesem Beschluss wurde vorgeschrieben, politische Bildung als Unterrichtsprinzip in andere Schulfächer einfließen zu lassen. Die Einführung eines Schulfachs „Politik“ wurde von dem Kultusministerium nur empfohlen. Die Benennung des Schulfaches war somit auch frei wählbar<sup>48</sup>. An deutschen Hochschulen sollten neue Professorenstellen für die politische Bildungsarbeit besetzt werden.

Die Unklarheit darüber, wie das politische Fach nun titulierte werden sollte, führte dazu, dass in den Ländern die Inhaltsschwerpunkte im Unterricht voneinander abwichen. „Die Lehrpläne ließen entweder eine eher soziologische oder eine eher politikwissenschaftliche Ausrichtung erkennen“<sup>49</sup>. Dies versuchte „der „Deutsche Ausschuss für das Erziehungs – und Bildungswesen“ [...] mit einem „Gutachten zur politischen Bildung und Erziehung“ [im Januar 1955 voranzuhelfen, indem sie die] verschiedenen Bestrebungen theoretisch und praktisch“<sup>50</sup> unterstützten. Am Ende der 50er kam es zu einer Neuorientierung der

44 Oetinger, Friedrich : Partnerschaft. Die Aufgabe der politischen Erziehung, Stuttgart 1953, S. 89

45 Friedrich Oetinger ( Pseudonym für Theodor Wilhelm) spielte in der Zeit eine entscheidende Rolle mit seinen Büchern „Wendepunkt der politischen Erziehung. Partnerschaft als pädagogische Aufgabe.“ und „Partnerschaft. Die Aufgabe der politischen Erziehung“. Er ist einer der ersten Autoren nach 1945, die sich politisch pädagogisch an die politische Bildung heran wagte „Was können wir von der Erziehung her tun, um uns vor neuen politischen Irrwegen zu bewahren“ (Oetinger, 1953, S. VI). Oetinger vertrat die Meinung, dass das Volk nicht wieder zu einem Staat oder einer Staatsform erzogen werden sollten. Den Bürgern sollte lediglich übermittelt werden welche Faktoren ein Individuum lernen muss, um in einer Demokratie zu leben und selbständig sogar politisch zu handeln. Politische Bildung wie im national-sozialistischen Staat und der staatsbürgerlichen Erziehung in der Weimarer Republik sollte vollkommen vermieden werden.

46 Kuhn, 1993, S. 143

47 Neuordnungsansätze wie die Verlängerung der Grundschulzeit, spielten in den bildungspolitischen Fragen in den Landtagswahlkämpfen eine wichtige Rolle. Sie bleiben jedoch nicht lange von Bedeutung, sodass die einzelnen Bundesländer „die alte Dreigliedrigkeit des Schulsystems“ (Andersen, 1997, S.452) wiederherstellten.

48 Beispielhafte Bezeichnungen: Gemeinschaftskunde, Bürgerkunde, Gegenwartskunde oder Politik

49 Detjen, 1997, S. 112

50 Oetinger, 1956, S. 18

politischen Bildung, man bezeichnet diese als „didaktische Wende“<sup>51</sup>. Nach Kurt Gerhard Fischer war der Grund dafür „die Unzufriedenheit und die Abneigung schwankende Einstellung von Schülern gegenüber dem Fach ‘Sozialkunde’ bzw. ‘Gemeinschaftskunde’“<sup>52</sup>. Politische Bildung hatte sich weitgehend als eigenständiges Unterrichtsfach durchgesetzt. Die unübersichtliche Masse an gebotenen Unterrichtsstoff und „die bloße Vermittlung von Kenntnissen“<sup>53</sup> wurden jedoch stark kritisiert. Erneut musste sich ins Gedächtnis gerufen werden, was mit politischer Bildung bei den Bürgern und Bürgerinnen erreicht werden sollte. Sie sollten lernen „aus demokratischen Grundüberzeugungen heraus [zu] denken, [zu] urteilen und [zu] handeln“<sup>54</sup>.

### 2.4.3 Politische Bildung in den 60er Jahren

Wegen antisemitischer Hakenkreuzschmierereien (z.B. an neu eröffneten jüdischen Synagogen 1959) Anfang der 60er Jahre, musste die politische Bildung Rückschläge einbüßen. Diese Ereignisse führten zu Aufregungen im In- und Ausland und es wurde über den Stand und die Wirkung politischer Bildung an den Schulen diskutiert<sup>55</sup>. Die Bildungspolitik reagierte sofort. 1960 verfasste die Kultusministerkonferenz den Beschluss die jüngste Vergangenheit, d.h. die nationalsozialistische Zeit, im Geschichts- und gemeinschaftskundlichen Unterricht in den Schulen zu behandeln und im Juli 1962 wurden „Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht“<sup>56</sup> beschlossen. (1991 wurden beide Beschlüsse aufgehoben)<sup>57</sup>. Letzterer Beschluss war vor allem in den Klasse 12 und 13 am Gymnasium, in allen Bundesländern, einzuführen. Empirische Untersuchungen bewiesen, dass die Wirksamkeit des politischen Unterrichts nicht ansatzweise mit den Intentionen der Bildungspläne im Einklang war<sup>58</sup>.

---

51 Die Stofffülle der Lehrinhalte war das Problem der Lehrenden aber auch ein generelles Problem der Zeit. Die Didaktik als Theorie der Bildungsinhalte sollte dazu führen, dass in der kurzen Lehrzeit die zu Verfügung stand, das Wichtigste gelehrt wird. Der Lehrer musste sich nicht nur noch den Gedanken machen „Wie“ gelehrt wird, sondern auch „Was“ , „Wozu“ und „Warum“.

52 1973, S. 26

53 Andersen, 1997, S. 453

54 ebd.

55 Es wurden Maßnahmen von der Kultusministerkonferenz getroffen. Den angehenden Bewerbern auf alle Lehrämter wurde seitdem in den Staatsexamensprüfungen Wissen über rechtsstaatliche Prinzipien sowie über die Geschichte des 20. Jahrhunderts abverlangt. Sie sollten für politische Bildung in Schulen und Universitäten besser vorbereitet sein (vgl., Detjen, 2007, S.119).

56 vgl. Detjen, 2007, S. 118

57 ebd.

58 vgl. Detjen, 2007, S. 119

„Die Frage „politisch bilden - aber wie?“ stellte sich dringlicher denn je“<sup>59</sup>. Hermann Giesecke hatte 1965 mit dem Konzept seiner „Didaktik der politischen Bildung“, „als erster eine systematische und relativ geschlossene Didaktik des politischen Unterrichts vorgelegt“<sup>60</sup>. Die Konzeption war ein wichtiges Element für die Entwicklung politischer Bildung Mitte der Sechziger Jahre. Giesecke war darauf bedacht, dass sich der Unterricht auf die Analyse politischer Konflikte konzentrieren sollte.

„Alle politischen, geschichtlichen und soziologischen Kenntnisse nutzen dem politischen Gemeinwesen nicht und bleiben bloß formal, wenn sie sich nicht an einer Kontroverse wie der Spiegel-Affäre<sup>61</sup> konkret, vernünftig und produktiv realisieren können“<sup>62</sup>.

Der Gesellschaft sollten die Inhalte politischer Bildung, schulisch und außerschulisch, so vermittelt werden, dass sie ihr Wissen im politischen Ernstfall „griffbereit“ habe und richtig handeln könne. Politik sei immer Gegenstand des politischen Unterrichts. Aber Hermann Giesecke definierte Politik „als das noch nicht Entschiedene, [welches sich am sichtbarsten] in der kontroversen Aktualität“<sup>63</sup> zeigen würde.

„Kaum eine theoretische Konzeption politischer Bildung war so einflussreich wie die von H. Giesecke“<sup>64</sup>.

---

59 Andersen, 1997, S. 453

60 Kuhn, 1993, S. 227

61 Ein bedeutendes politisches Ereignis 1962. Der Staat überfiel die Redaktion des Spiegelverlags um diesen, wegen eines kritischen Artikels, eine Weile stumm zu stellen. Die Aktionen erinnerte an die Zeit der „dunkelsten Epoche“ Deutschlands. Jedoch mit dem Unterschied, dass die deutschen Bürger durch Fernsehnachrichten in den Medien über den Vorfall aufgeklärt wurden. Nach sieben Jahren war die junge Bürgerschaft soweit, dass sie Widerspruch gegen die Tat einlegten, protestierten und demonstrierten. „So wurde der aberwitzige Angriff der Staatsmacht auf die Pressefreiheit zu einem Kristallisationspunkt von historischen Rang“ (Der Spiegel, 2002).

62 Giesecke, Hermann: Didaktik der Politischen Bildung. München 1965, S. 45

63 vgl. Giesecke, 1965, S. 41 ff.

64 Anders, 1997, S. 454

#### 2.4.4 Politische Bildung in den 70er Jahren

„Mehr Demokratie wagen“,  
(Willy Brandt 1969 in seiner Regierungserklärung)

Die 70er Jahre waren ein Jahrzehnt, in dem nicht nur ein Führungswechsel von CDU/CSU und SPD zur sozialliberalen Koalition SPD/FDP mit Willy Brandt als neuem Kanzler stattfand, sondern auch immer mehr Studenten den Demokratied Gedanken hegten und auf die Straßen gingen, wenn der Staat ihrer Meinungen nach ungerecht und nicht demokratisch handelte<sup>65</sup>. Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung standen bei Brandt an erster Stelle seiner Reformmaßnahmen. Politische Bildung war mehr denn je ein Streitpunkt zwischen den Parteien und auch in der Politikdidaktik kam es zu Auseinandersetzungen. Brandt wollte neue Akzente für politische Bildung, schulisch und außerschulisch, setzen, die für Diskussionsstoff sorgten. Weil in der BRD „die Länder die Kulturhoheit besitzen“<sup>66</sup> und entweder die CDU oder die SPD regierten, kam es zu Unterschieden von politischer Bildung in den Schulen. Sie erarbeiteten verschiedene didaktische Konzepte für die Lehrpläne<sup>67</sup>.

1970 verfasste die Bundesregierung einen Bericht der „zur gemeinsamen Bildungsplanung mit den Ländern“<sup>68</sup> dienen sollte. Oberstes Ziel der Bildungspolitik war ein „demokratisches, leistungs- und wandlungsfähiges Bildungssystem, das jedem Bürger von der Vorschulerziehung bis zur Weiterbildung zu seiner persönlichen, beruflichen und politischen Bildung offensteht“<sup>69</sup>. Es sollte eine Chancengleichheit geschaffen werden, in der jeder Bürger, egal aus welcher Schicht, sich weiterbilden konnte. „Mit der Entwicklung eines umfassenden differenzierten Gesamtschul – und Gesamthochschulsystems soll in der Bundesrepublik ein demokratisches und effizientes Bildungswesen entstehen“<sup>70</sup>.

---

65 Eine der bekanntesten Studentenbewegung ist die „68er Bewegung“. Studenten gingen auf die Straßen und protestierten gegen starre Strukturen, den Vietnamkrieg, die rigide Sexualmoral und die Nichtaufarbeitung des Nationalsozialismus. Das Ereignis zog sich über mehrere Jahre hin. „Das Jahr 1968 steht für die Studentenunruhen in Frankreich, die im Mai 1968 ihren spektakulären Höhepunkt erreichte“ (Busche, 2003, S.15). Für Deutschland hat das Jahr 1976 mehr von Bedeutung, denn am jenen 2. Juni 1967 wurde der Student und Demonstrant Benno Ohnesorg von einem Polizeibeamten erschossen. Grund der Demonstration war der Besuch des reichen Schahs von Persien, „[...] dem die brutale Unterdrückung seines Volkes [...]“ (Busche, 2003, S.16), vorgeworfen wurde. Unter der Beobachtung von Polizisten Westberlins, wurde durch persische Schläger mit langen Stöcken auf die Demonstranten eingeprügelt. Die Bilder gingen um die Welt. Immer mehr Studentenbewegungen in anderen Universitätsstädten gingen auf die Straßen und demonstrierten für allgemeinpoltische Belange.

66 Detjen, 2007, S. 170

67 ebd.

68 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft : Bildungsbericht '70.  
Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik, Bonn 1970, S. 9

69 ebd.

70 ebd.

Die Bundesregierung hatte weitere Zielvorstellungen, die bis 1980 in Kraft gesetzt werden sollten. So hieß es, dass die Elementarerziehung ausgebaut und Kindergartenplätze min. verdoppelt werden sollten (von 1 auf 2 Mio.). Mit fünf Jahren sollten Kinder eingeschult werden und die Hauptschule, Realschule und das Gymnasium würden schrittweise zu einem Gesamtschulsystem zusammengefasst werden<sup>71</sup>.

Ein umfassender Bildungsplan musste erarbeitet werden, damit ein Bildungsbudget bei den Finanzplanungen mit einbezogen werden konnte. 1973 ging Brandt in einer erneuten Regierungserklärung einen Schritt weiter, indem er zwischen Bund und Ländern eine gemeinsam Grundlage schaffen wollte, um „das Ziel der Einheitlichkeit unseres Bildungswesens in der Reform zu sichern“<sup>72</sup>.

1974 gab es einen erneuten Regierungswechsel. Der Bildungsplan von Brandt war noch nicht ganz verabschiedet worden, aber noch in der Diskussion, und Helmut Schmidt, der neue Kanzler, zog in seiner Regierungserklärung am 17. Mai 1974 eine Bilanz der bisherigen Arbeit des Vorgängers. Inhaltliche und qualitative Forderungen des Bildungsberichts '70, die noch nicht realisiert werden konnten. Einen weiteren Schwerpunkt legte Schmidt auf die berufliche Bildung<sup>73</sup>. Ihm ging es darum „eine sinnvolle Aufgabenteilung und Zusammenarbeit von Betrieb, Schule und – soweit notwendig – auch von überbetrieblichen Ausbildungsstätten zu erreichen“<sup>74</sup>.

Gegen Ende der siebziger Jahre, kurz vor der Bundestagswahl 1980, wurde kein weiteres neues Programm für die Bildungspolitik vorgestellt<sup>75</sup>. „In seiner Regierungserklärung vom 24. Nov. 1980 appellierte Schmidt nochmals an die Wirtschaft genügend Arbeitsplätze bereitzustellen“<sup>76</sup>.

---

71 vgl. Bildungsbericht '70, S. 10

72 Hüfner, Klaus : Hochkonjunktur und Flaute: Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1967-1980, Stuttgart 1986, S. 59 nach Deutscher Bundestag, 1972/73, S. 129

73 vgl. Hüfner, 1986. S. 60 f.

74 Hüfner, 1986, S. 59 nach Deutscher Bundestag, 1972/73, S.6595 f

75 vgl. Hüfner, 1986. S. 63

76 ebd.

#### 2.4.5 Politische Bildung in den 80er Jahren „wieder in der Flaute“

„Die Politische Bildung kann nur so gut sein, wie die politische Kultur im Ganzen.[...] Politische Kultur kann nur so gut sein, wie die Politische Bildung. An beidem aber hapert es“<sup>77</sup>.

Gagel spricht von einem „Konjunkturtief“<sup>78</sup> und Volkmar Kretowski (Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung) von einer erneuten Flaute der politischen Bildung<sup>79</sup>. Wissenschaftler und Praktiker wurden zu einem „Hearing“<sup>80</sup> der Ausschüsse Inneres, Bildung und Wissenschaft und des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung eingeladen<sup>81</sup>. Eine der ersten vorläufigen Stellungnahmen über die Lage der politischen Bildung lautete:

„In den Schulen werden die Stundenzahlen gekürzt, in der Erwachsenenbildung verliert sie an Stellenwert. Die Betonung der beruflichen Qualifizierung in vielen Weiterbildungskonzepten lässt für politische Bildung kaum noch Raum [...]. Auf dem Freizeitmarkt hat politische Bildung mit immer attraktiveren Unterhaltungs- und Bildungsangeboten zu konkurrieren“<sup>82</sup>.

Seit zwanzig Jahren (seit 1968) hatte sich der Bundestag nicht mehr ausführlich mit dem Thema politischer Bildung beschäftigt. Der Aufschwung in Sachen politischer Bildung, Ende der sechziger Jahre, durch mehr finanzielle Mittel, mehr Tagesstätten, Mehreinstellungen von politisch Lehrenden und wachsenden Bildungsmaßnahmen, hatte die 80er Jahre nicht mehr erreicht.

Das politische Interesse der neuen Informationsgesellschaft, die sich durch Massenmedien leiten ließ, rückte mehr denn je in den Hintergrund. Immer weniger Interessenten nahmen Angebote außerschulischer Bildungseinrichtungen wahr. Durch Kürzungen bei den Lehrmitteln und den finanziellen Zuwendungen konnte auch bei neuen Adressatenkreisen nicht geworben werden<sup>83</sup>.

---

77 Knies, Wolfgang / Deutsche Vereinigung für politische Bildung (Hrsg.)  
Politische Bildung in den Achtzigerjahren. – Gießen 1982, Stuttgart 1983, S.10

78 1994, S. 282

79 vgl. Kuhn, 1990, S. 329 f nach, Volkmar Kretowski

80 „[öffentliche] Befragung von Fachleuten, Sachverständigen, Zeugen zu einem bestimmten Thema, Fall o. Ä. durch einen Untersuchungsausschuss, das Parlament o. Ä.“ (Duden: <http://www.duden.de>, 31.05.2011, 2011, o.S.).

81 ebd.

82 ebd.

83 ebd.



Die Intentionen politischer Bildung war nach wie vor dieselbe: „handfeste Grundkenntnisse über die Bundesrepublik und die freiheitlich-demokratische Grundordnung“<sup>84</sup>.

Auch in den Schulen verringerte sich der Stundenanteil des Faches Politik. Man stellte nach Untersuchungen fest, dass der politische Unterricht „in der Sekundarstufe I insgesamt noch nicht einmal den Umfang von einer Unterrichtsstunde pro Woche“<sup>85</sup> betrug.

Ketrowski warb in seinem Fazit dafür, dass für außerschulische politische Bildung auch zukunftsorientierte Themen behandelt werden müssten, um das Interesse der Bürger zurückzugewinnen, z.B. „neue Technologien und ihre Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft“<sup>86</sup>.

Ein weiteres Problem dieser Zeit war der erneut anwachsende Extremismus und die damit verknüpfte Ausländerfeindlichkeit. Die Wiederkehr einer nationalsozialistischen Zeit sollte mit allen Mitteln vermieden werden. Im Hearing wurde daraufhin nach der Wirkung politischer Bildung gefragt. Man kam zu dem Entschluss, dass politische Bildung auf aktuelle Themen eingehen sollte, welche die politisch engagierten Bürger interessieren<sup>87</sup>.

#### **2.4.6 Politische Bildung in den 90er Jahren bis in die Gegenwart**

##### „Politische Bildung im vereinten Deutschland“

Nach der Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland bestand eine Aufgabe der politischen Bildung darin, „die Facetten der Deutschen Bedingungen zu erkennen, zu formulieren und bewusst zu machen“<sup>88</sup>. Die Bürger der DDR sollten die „Weltanschauung“ der Westdeutschen übernehmen. Vom 12. bis 14. September 1991 fand der fünfte Bundeskongress für politische Bildung in Hannover statt<sup>89</sup>. Wichtigstes Thema, welches den Kongress enorm beeinflusste war, „[die] Beendigung des Ost-West-Konfliktes durch Auflösung der östlichen Herrschafts- und Machtsysteme von innen heraus“<sup>90</sup>. Das erste mal fanden Träger der politischen Bildung, aus ganz Deutschland zusammen und debatierten gemeinsam über neue, notwendige Aufgaben. Wie nach der ‘Re-education’ stand die politische Bildung erneut vor der Aufgabe das Projekt „Demokratie“ in den neuen

---

84 Kuhn, 1990, S. 312

85 Gagel, Walter : Geschichte der politischen in der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1998/90. 3.Auflage, 2005, S. 282 nach Franke, 1990, S. 294

86 Kuhn, 1990, S. 330

87 vgl. Kuhn 1990, S. 330 f

88 Franke, Kurt / Knepper, Herbert : Aufbruch zur Demokratie. Politische Bildung in den 90er Jahren: Ziele, Bedingungen, Probleme, Opladen 1994, Wernstedt, 1994, S. 11

89 vgl. Knepper, 1994, S. 7

90 ebd.

Bundesländern zu vermitteln und zu lehren<sup>91</sup>. Aber auch andere, neue Herausforderungen mussten für das vereinte Deutschland angegangen werden. „[Die] unterschiedlichen politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen“<sup>92</sup> zweier Gesellschaften sollten zu Einer verschmelzen, von den ostdeutschen Strukturen blieb allerdings nichts bestehen. Manfred Stolpe<sup>93</sup> sah die „Vision eines gleichberechtigten Zusammenwachsens beider Teile“<sup>94</sup>, als eine der wichtigsten Aufgabenbereiche der politischen Bildung. Alles was die Bürger Westdeutschlands in den letzten 40 Jahren, nach dem Nationalsozialismus, über Demokratie gelernt hatten, musste auch den Bürgern Ostdeutschlands übermittelt werden, um gemeinsam in einem Staat leben zu können<sup>95</sup>.

Heute, im 21. Jahrhundert, hat sich der Demokratiedanke auch bei den Menschen in Ostdeutschland durchgesetzt. Jedoch ist das Misstrauen gegenüber der Politik in ganz Deutschland wieder stärker ausgeprägt. Immer weniger Bürger nehmen an Wahlen und politisch bildenden Lehrgängen teil. „Das Vertrauen in die politische Ordnung scheint zu schwinden: [dies zeigt] der Rückgang der Mitgliederzahlen in den meisten Parteien, [die] zurückgehende Bereitschaft sich in Parteien aktiv zu engagieren und Funktionen oder Mandate in der Kommunalpolitik zu übernehmen“<sup>96</sup>. Die politische Bildung muss das Vertrauen in die Politik, deren Politiker und die Motivation der Bürger, sich politisch zu engagieren, wieder herstellen.

Im Folgenden werden ich darauf eingehen, wie die KAS vorgeht um die heutige Gesellschaft zu „befähigen, als mündige Bürger für [die] freiheitliche Demokratie zu werben und zugleich eine aktive Rolle in Politik und Gesellschaft zu übernehmen“<sup>97</sup>. Und wie Die KAS versucht die Menschen dazu zu bewegen an ihren Veranstaltungen motiviert teilzunehmen.

---

91 vgl. Stolpe, 1994, S. 20

92 ebd.

93 Manfred Stolpe war von 1990 bis 2002 Ministerpräsident von dem östlichen Bundesland Brandenburg

94 Stolpe, 1994, S. 21

95 Da die Entwicklung der politischen Bildung in Westen der BRD bereits in den vorherigen Kapiteln geschildert wurden, werde ich in diesem Abschnitt meiner Arbeit nicht erneut darauf eingehen.

96 Piepenschneider (Jahresprogramm) 2011, Vorwort

97 KAS (politische Bildung), 2011, o.S.

### 3 Konrad-Adenauer-Stiftung

In diesem Abschnitt der Arbeit möchte ich einen Kurzüberblick über die KAS geben. Welche Aufgaben hat die Stiftung? Welche Ziele verfolgt sie? Anhand der KAS untersuche ich den Werdegang des Einsatzes AV Medien in der politischen Bildung.

Die KAS ist eine politische, parteinahe Stiftung. In zwei Bildungszentren und 16 Bildungswerken ist sie bundesweit tätig. Mit der Zeit hat die KAS auch in über 120 anderen Ländern Außenstellen eröffnet. Benannt wurde die Stiftung nach dem ersten Bundeskanzler der BRD Konrad Adenauer. Er hatte sein Amt von 1949 bis 1963 inne. Die Grundsätze Konrad Adenauers sind für die KAS noch heute Leitlinie, Auftrag und Verpflichtung<sup>98</sup>.

#### 3.1 Die Entstehung

Ursprung der KAS war die Gründung der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit e.V.“ unter Bruno Heck<sup>99</sup> in Bonn 1955. Die von der CDU gegründete Stiftung war darauf bedacht, politisch interessierte Bürger in Ausbildungs- und Schulungsstätten politische Bildung zu vermitteln. Mit dem Kauf des Schlosses Eichholz und dessen Umbau zu einer politischen Akademie gab es 1958 eine Umwandlung von der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit e.V.“ zur „Politischen Akademie Eichholz e. V.“. Vier Jahr später gründete man das Institut für „Internationale Solidarität (IIS) der KAS“. 1968 fand dann eine erneute und bis heute letzte Namensänderung von der „Akademie Eichholz“ zur „KAS“ statt. In den siebziger Jahren erweiterte die KAS ihr Spektrum an Aufgaben. Neben der politischen Bildungsarbeit gründete sie einige Institute<sup>100</sup>. In den folgenden Jahren konnte sich die KAS nicht nur national, sondern auch international vergrößern. Das erste europäische Auslandsbüro wurde 1976 in Madrid errichtet. Weitere Außenstellen folgten in Rom und Washington (1977), Paris und London (1980) und in Jerusalem (1982). Nach dem Mauerfall 1989 konnten auch in den osteuropäischen Ländern Außenstellen eröffnet werden. Die erste Außenstelle außerhalb Europas entstand im Warschauer Schloss (1989). Viele andere kamen dazu, zum Beispiel in Vietnam und Kambodscha (1993). Heute betreut die Stiftung in ihren Auslandsbüros mehr als 200 Projekte in über 70 Ländern<sup>101</sup>.

---

98 vgl. KAS: <http://www.kas.de/wf/de/71.3716/>, 30.05.2011, 2007, o.S.

99 Er war ein deutscher Politiker der CDU, der über sechs Jahre als Bundesgeschäftsführer tätig war und von Konrad Adenauer 1962 zum Bundesminister für Familie und Jugend ernannt wurde (vgl. Jürgen Aretz, o. J., o. S.).

100 Folgende Institute wurden gegründet: 1967 Wissenschaftliches Institut (WIKAS), 1970 Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut (SFK), Institut für kommunalpolitische Bildung und Forschung (IkbF), 1971 Institut für Begabtenförderung (IBK) und Institut für Kommunalwissenschaften (IFK), 1984 Institut für Internationale Zusammenarbeit

101 ebd.

### 3.2 Ziele und Aufgaben

Ihr „ „Auftrag: Demokratie“ den die Stiftung auf der Grundlage ihrer Orientierung am christlichen Menschenbild und der daraus abgeleiteten Werte verfolgt“<sup>102</sup>, wird immer die Hauptaufgabe der Stiftung sein<sup>103</sup>.

National wie international verfolgt die KAS das Ziel, durch politische Bildung Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu verbreiten<sup>104</sup>. Weitere besondere Anliegen sind „die Förderung der europäischen Einigung, die Intensivierung der transatlantischen Beziehungen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit“<sup>105</sup>. Mit Lesungen, Seminaren, Veranstaltungen zur politischen Bildung, Tagungen, Kongressen, etc. soll ein Verständnis bei den Interessenten entwickelt werden, das zu politisch richtigem Handeln aus christlicher Verantwortung führen soll. Politische Entscheidungen sollen richtig gehandhabt werden<sup>106</sup>.

In der Satzung vom 09. Juli 2010 unter § 2, der den Zweck der KAS definiert sind folgende Aufgaben aufgeführt, die national wie auch international gelten:

- politische Bildung vermitteln
- die geschichtliche Entwicklung der christlich-demokratischen Bewegung
- durch Forschung und Beratung Grundlagen politischen Wirkens erarbeiten
- die europäische Einigung unterstützen, die internationale Verständigung durch Informationen und Begegnungen pflegen, sowie mit entwicklungspolitischen Projekten und Programmen Hilfe leisten
- politisch verfolgten Demokraten ideelle und materielle Hilfe gewähren
- die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter und charakterlich geeigneter junger Menschen fördern
- Kunst und Kultur durch Veranstaltungen und Stipendien fördern,
- der Öffentlichkeit die Ergebnisse ihrer Arbeit zugänglich machen<sup>107</sup>.

Mit all den Aufgaben ist das Ziel der Stiftung, den Bürger in seiner Gesellschaft mündig zu machen.

Nicht nur deutsche, begabte, junge Menschen werden materiell und ideell gefördert, sondern auch diejenigen aus Mittel – und Osteuropa und den Entwicklungsstaaten.

---

102 Jahresbericht der KAS: [http://www.kas.de/upload/dokumente/jahresbericht2009/Jahresbericht2009\\_gesamt.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/jahresbericht2009/Jahresbericht2009_gesamt.pdf), 30.05.2011, 2009, S. 3

103 ebd.

104 vgl. KAS, 2007, o.S.

105 ebd.

106 vgl. von Vieregge, Dr. Henning : Parteistiftungen. Zur Rolle der Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Friedrich-Naumann-, und Hans-Seidel-Stiftung im politischen System der BRD, Baden-Baden 1977, S. 112

107 Satzung der Konrad-Adenauer-Stiftung, <http://www.kas.de/wf/de/71.3711/>, 01.06.2011, 2010, o.S.

Die KAS legt Wert darauf auch im Nachhinein Kontakt zu den ehemaligen Stipendiaten zu halten. Nach dem Jahresbericht von 2009 haben sie Kontakt zu mehr als 10.000 Stipendiaten<sup>108</sup>.

Den Interessenten werden Möglichkeiten geboten sich selbstständig politisch weiter zu bilden. In einer großen Datenbank stehen den Benutzern „umfangreiche Schriftgutbestände, moderne Medien und eine Spezialbibliothek mit rund 177.000 Titeln zu Politik und Zeitgeschichte zur Verfügung“<sup>109</sup>.

### **3.3 Abteilungen**

Es gibt sechs Abteilungen, in denen die KAS tätig ist. Hierbei handelt es sich um folgende: Akademie, Politik und Beratung, Europäische und internationale Zusammenarbeit, Politische Bildung, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Begabtenförderung und Kultur. Im folgenden werde ich diese Abteilung näher erläutern.

#### **3.3.1 Akademie**

In der Akademie der KAS finden im Jahr mehr als 600 Veranstaltungen statt, an denen politisch interessierte Besuchergruppen aus ganz Deutschland teilnehmen, sich mit bekannten Politikern auseinander setzen und Fragen stellen können. Auch hochrangige internationale Staatsgäste finden sich in der Akademie in Berlin ein, um politisch relevante Themen zu erörtern. Kleine Expertengespräche, Vorträge, Lesungen, große Diskussionsforen und verschiedene, auch künstlerische Ausstellungen werden jedes Jahr kostenlos angeboten. In den Debatten werden aktuelle gesellschaftspolitische Fragen diskutiert; es findet aber auch eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit statt. „Die Junge Akademie“ hat das Ziel, „junge Menschen für die Politik und für die Übernahme von Verantwortung in der Gesellschaft“<sup>110</sup> zu mobilisieren<sup>111</sup>.

---

<sup>108</sup> vgl. 2009, S. 73

<sup>109</sup> ebd.

<sup>110</sup> KAS, 2011, o.S.

<sup>111</sup> ebd.

Zwar werden alle politisch relevanten und aktuellen Themen bearbeitet und diskutiert, aber es gibt für die historische Bildungsarbeit Kernthemen:

- die beiden deutschen Diktaturen des letzten Jahrhunderts
- die bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte
- die Geschichte der Vereinigung Deutschlands und Europas

Das Bildungswerk der Akademie in Berlin bietet dem Bürger an, politische Fragen zu klären und er kann sich dahingehend belehren lassen, inwieweit jeder einzelne Verantwortung für die heutige Gesellschaft zu tragen hat.

### 3.3.2 Hauptabteilung Politik und Beratung

„Politische Entscheidungsprozesse in modernen und hoch technisierten Gesellschaften machen eine wissenschaftlich fundierte und anwendungsorientierte Politikberatung unabdingbar“<sup>112</sup>.

Experten aus verschiedenen Abteilungen der Politik beraten und versuchen die Fragen der Interessenten wahrheitsgetreu zu beantworten. Noch nie war der Rat eines Experten so wichtig wie in den letzten Jahren, da national und international ein ständiger politischer Wandel vonstatten geht. Fragestellungen werden „praxisorientiert“ bearbeitet, d.h. möglichst realitätsnah. In den Bereichen Innenpolitik, Gesellschaftspolitik, Wirtschaftspolitik, Außen- und Europapolitik sowie Beratungsmanagement werden Lösungsansätze entwickelt<sup>113</sup>.

Hierzu einige Beispiele, die momentan als aktuelle Themen und Projekte von der KAS angeboten werden:

- Internationale Finanz- und Wirtschaftskrise
- Soziale Marktwirtschaft
- Frauen und Familienpolitik

Aktuelle Themen stehen immer im Vordergrund. Aus Analysen, Berichten und Veranstaltungen kann der Interessent frei wählen, wie er sich über das Thema informieren und bilden möchte<sup>114</sup>.

---

112 Imageheft 'Politik Denken', [http://www.kas.de/upload/dokumente/pub/PuB\\_Imageheft.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/pub/PuB_Imageheft.pdf), 01.06.2011, 2010, S. 3

113 vgl. KAS (Politik und Beratung), <http://www.kas.de/wf/de/42.6/>, 17.07.2011, 2011, o.S.

114 ebd.

### 3.3.3 Europäische und Internationale Zusammenarbeit

Nicht nur in Deutschland will die KAS Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durchsetzen, sondern auch weltweit ist sie in über 100 Ländern aktiv und hat schon viele Netzwerke zu politischen und gesellschaftlichen Eliten aufgebaut. Sie macht sich international für mehr Menschenrechte stark und versucht zu erreichen, dass soziale und marktwirtschaftliche Strukturen in dem jeweiligen Staat eingeführt werden.

Politischen Parteien, gesellschaftliche Gruppen, sowie freie und unabhängige Medien werden von der KAS soweit wie möglich unterstützt, indem sie Nachwuchskräfte politisch aus- und weiter bilden<sup>115</sup>.

Wie schon erwähnt, ist die KAS eine parteinahe Stiftung der CDU. Dies hat den Vorteil, dass sie durch ihren internationalen Einsatz einen großen Stellenwert in der Außenpolitik der Bundesregierung erlangt hat. Als „Bindeglied“ der Außenpolitik und der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit trägt die KAS „weltweit zur Festigung von Sicherheit und Frieden bei“<sup>116</sup>.

Seit der Gründung des „Institut für Solidarität“ 1962, hat sich die KAS zur Aufgabe gemacht, mit politischer Bildung „für die Verbesserung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Lebensgrundlagen“<sup>117</sup> zu sorgen. Für sie ist die „Demokratieförderung ein zentrales Element zur dauerhaften Beilegung gewaltsamer Konflikte und für wirtschaftliche Entwicklung“<sup>118</sup>.

### 3.3.4 Politische Bildung

„Demokratie braucht Demokraten“<sup>119</sup>.

Die politische Bildung des Individuums ist für die KAS von größter Bedeutung. „Demokrat sein“ hat heute in der Gesellschaft, laut der Stiftung, nicht mehr den selben Stellenwert wie früher. Freiheit und Frieden gehören nun der Selbstverständlichkeit an und man müsse in der politischen Bildung das Augenmerk auf andere Aufgaben legen. Es muss nicht mehr Demokratie als solches gelehrt werden, sondern die Erinnerung daran, welche Aufgabe auf jeden Bürger in einem demokratischen Staat zukommt.

---

115 vgl. KAS (europäische internationale Zusammenarbeit), <http://www.kas.de/wf/de/71.3756/>, 17.07.2011, 2011, o.S.

116 ebd.

117 ebd.

118 ebd.

119 KAS (politische Bildung): <http://www.kas.de/wf/de/71.3759/>, 17.07.2011, 2011, o.S.

Die KAS weist auf die immer geringer werdende Zustimmung zu der gesellschaftlichen Ordnung und Bindungskraft zur Volkspartei hin. Dafür gewinne der politische Extremismus an Erfolg<sup>120</sup>. Hauptaufgabe politischer Bildung muss also zunächst das Werben für demokratische Ordnung sein<sup>121</sup>.

Wichtige Kernelemente politischer Bildung sind nach der KAS: „die Auseinandersetzung mit dem Untergang der Weimarer Republik durch das Zusammenwirken von Links- und Rechtsextremismus, die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus und die Erfahrungen bezüglich der kommunistischen Diktatur in der DDR“<sup>122</sup>.

Die Grundlagen der Demokratie müssen immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden, vor allem bei den jungen Bürgern der Gesellschaft. Demokratie dürfe, laut KAS, nie als Selbstverständnis gesehen werde. Um den Bürger als aktiven Menschen im gesellschaftlichen Leben zu gewinnen, bedürfe es immer wieder einem erneuten Werben für politische Bildung, die der demokratischen Ordnung von Nutzen sei<sup>123</sup>.

Ein entscheidender Unterschied der KAS zur anderen Stiftungen und Trägern politischer Bildung ist die „christlich-demokratische-Grundlage“<sup>124</sup> ihrer Arbeit. Einig ist man sich, wie der Demokratiedanke gefördert werden soll, aber die KAS geht noch einen Schritt weiter und fragt nach dem „Was“ und „Warum“ von Demokratie und Politik. Bei der KAS hat grundwerteorientiertes politisches Handeln genau so einen großen und wichtigen Stellenwert, wie das vermittelte Wissen. „Weil sie das aus christlich-demokratischer Verantwortung tut, unterscheidet sie sich von anderen Trägern“<sup>125</sup>.

Deutschlandweit ist die Möglichkeit gegeben, sich über die KAS politisch in den beiden Bildungszentren Eichholz (zwischen Bonn und Köln) und Wendgraben (zwischen Berlin und Magdeburg), aber auch in 16 Regionale Bildungswerken in Foren und Gesprächen, Seminaren und Workshops, weiter zu bilden. Über 120.000 Bürger nehmen jedes Jahr an den Veranstaltungen teil<sup>126</sup>.

---

120 ebd.

121 vgl. Lange, Dirk : Monitor politische Bildung, Daten zur Lage der politischen Bildung in der BRD, Bonn 2010, S.107

122 KAS (politische Bildung), 2011, o.S.

123 ebd.

124 ebd.

125 ebd.

126 ebd.



### 3.3.5 Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP)

In dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik wird die geschichtliche Entwicklung der Christlichen Demokratie dokumentiert und erforscht. Mit dem ACDP bietet die Stiftung ein „Gebiet der Zeitgeschichte“<sup>127</sup>, über das man sich in den Abteilungen des Historischen Archivs, der Bibliothek und Dokumentation historisch- politisch belehren lassen kann. Die KAS beschreibt sich als „Informations- und Kommunikationszentrum, das durch seine Dienstleistungen für politische Bildung und Wissenschaft zur Verbreitung des historisch-politischen Bewusstseins beiträgt“<sup>128</sup>.

Die Zuständigkeit liegt in folgenden Aufgabenbereichen:

- Archivgut der CDU, ihrer führenden Repräsentanten, Gremien und Organisationen
- Akten – und Zeugnissammlungen christlicher Vorläuferparteien
- Erforschung der DDR- Geschichte
- Archivieren des Schriftguts der internationalen, europäischen Zusammenschlüsse christlich-demokratischer Parteien

Durch das jahrelange Archivieren von Akten misst man heute ca. 16.000 laufende Regalmeter und eine umfangreiche Anzahl von Foto- und Plakatbeständen, sowie Filme und Tonträger<sup>129</sup>. „Nachrichten und Kommentare aus Presse und Fernsehen sowie Veröffentlichungen der staatlichen Organisationen, der Parteien, Verbände, Kirchen und anderer gesellschaftlicher Institutionen“<sup>130</sup>, werden den Benutzern ebenfalls zur Verfügung gestellt. Eine weitere wissenschaftliche Spezialbibliothek soll dem Interessenten die Möglichkeit geben, aus ungefähr 176.000 Titeln über Politik und Zeitgeschichte zu lernen. Mit Ausstellungen, Tagungen und Veranstaltungsreihen beteiligt sich das ACDP an der politischen Bildungsarbeit der KAS<sup>131</sup>.

---

127 KAS (Archiv christlich-Demokratische Politik), <http://www.kas.de/wf/de/42.7/>, 17.07.2011, 2011, o.S

128 ebd.

129 ebd.

130 ebd.

131 ebd.

### 3.3.6 Begabtenförderung

„Die lebendige Demokratie braucht Gemeinsinn und Bürgerethos  
- unsere Altstipendiaten erfüllen diese Forderung in vielfältiger  
Weise“<sup>132</sup>.

Seit 1965 ist eine der wichtigsten Aufgaben für die KAS die Ausbildung junger Bürger nach ihrem erfolgreichen Abschluss im Studium, zu „zukünftigen Führungskräften und Leistungseliten, die sich sozial oder politisch engagieren und sich in ihrem Handeln am christlich-demokratischen Menschenbild orientieren“<sup>133</sup>. Dabei spielt es keine Rolle, welcher Herkunft, Religion, Familie oder Geschlecht die Geförderten sind, sondern die erwünschte Leistung, für die fachliche Qualifikation der Stipendiaten, muss vor und während der Förderung vollbracht werden. Eine wichtige Voraussetzung für die Bewerbung eines Stipendiums ist der Nachweis eines überdurchschnittlichen Abschlusses des Studiums oder der Promotion. Doch gibt es seitens der Stiftung noch weitere Bedingungen, die eine genauso große Rolle spielen, wie des sehr guten Notendurchschnitts. Und zwar werden Toleranz und Aufgeschlossenheit, Kreativität und Bereitschaft erwartet<sup>134</sup>.

Die Förderung gilt also für:

- „deutsche Graduierte“, die bereits einen überdurchschnittlichen Studienabschluss erreicht haben und mit der Promotion begonnen haben
- „deutsche Studierende“, die schon während des Studiums exzellente Leistungen erbringen und sich sozial oder gesellschaftspolitisch engagieren wollen
- „Nachwuchs-Journalisten“, leistungsstarke Studenten mit dem Berufswunsch Journalist
- „ausländische Studierende und Graduierte“, die bereits ein Studium in ihrem Heimatland erfolgreich abgeschlossen haben und nun in Deutschland studieren
- „Berufsorientierung“. Nach der Akademischen Ausbildung werden die Stipendiaten und Altstipendiaten auf dem Weg in das Berufsleben begleitet und unterstützt
- „Künstler, die ihre Akademie-/Hochschulausbildung beendet haben“, aber das nur in besonderen Fällen<sup>135</sup>

---

<sup>132</sup> KAS (Begabtenförderung und Kultur), <http://www.kas.de/wf/de/71.5130/>, 17.07.2011, 2007, o.S.

<sup>133</sup> ebd.

<sup>134</sup> ebd.

<sup>135</sup> ebd.

### 3.3.7 Kultur

Kulturelles wird von der KAS ebenfalls gefördert, da dies zu den Satzungsaufgaben der Stiftung gehört. „Bildende Künstler und Autoren deutscher Staatsbürgerschaft“<sup>136</sup> können Stipendien erhalten, mit dem Abschluss einer Akademie – oder Hochschule (Arbeitsstipendien).

In den seltensten Fällen werden Künstler schon während ihres Aufbaustudiums mit einem Studienstipendium gefördert. Um als Künstler ein Stipendium zu erlangen, verlangt die Stiftung auch eine „herausragende Qualität der Arbeiten und die Bedürftigkeit der zu Fördernden“<sup>137</sup>.

Wichtiger Bestandteil, um Künstler finanziell zu unterstützen, ist der Else-Heiliger-Fonds<sup>138</sup> (EHF) und das Trustee-Programm EHF 2010. Mit dem Trustee-Programm EHF strebt die Stiftung an, „vor allem junge, zeitgenössische Künstler zu fördern, die hohen Qualitätsansprüchen genügen, die das Kriterium der Bedürftigkeit erfüllen und deren Arbeiten über die Welt, in der wir leben, erzählen“<sup>139</sup>. Es sind vor allem noch unentdeckte und unbekannte Künstler, mit denen ein enger Kontakt hergestellt werden soll. Die „Trustees“ unterstützen Nachwuchstalente von Beginn ihrer Karriere an<sup>140</sup>. Für das Trustee-Programm EHF 2010 stellten 45 ehemalige Stipendiaten Arbeiten zur Verfügung, die in einer Ausstellung für nicht mehr als 2010€ gekauft werden konnten. Der Erlös der verkauften Werke floss in das Trustee Programm EHF 2010. Die Stiftung für politische Bildung bietet, neben den finanziellen Zuschüssen, den Stipendiaten an, bei Projekten der KAS mitzuwirken, „die den Dialog zwischen Politik und Kultur anvisieren“<sup>141</sup>.

In einer Stiftung, deren Leitgedanke der politischen Bildung gilt, hat Politik in allen weiteren Aufgabenbereichen auch immer eine entscheidende Rolle zu spielen.

---

136 KAS (Kultur), <http://www.kas.de/wf/de/42.39/>, 17.07.2011, 2010, o.S.

137 ebd.

138 Seit 1994 ist der Else-Heiliger-Fonds Bestandteil der KAS. 1993 verstarb Else Heiliger mit 91 Jahren und gab schon zehn Jahre zuvor die KAS als Alleinerbin für Heiligers Vermögen an. Begabte und Bedürftige Künstler sollen damit gefördert werden. Der Nachlasserlös wurde als Sondervermögen angelegt, ein Fonds wurde eingerichtet und nach der Stifterin benannt. 1994 fand die erste Vergabe von Stipendien statt (KAS (Die Geschichte von EHF und EHF 2010), 2010, o.S.).

139 KAS (Die Geschichte von EHF und EHF 2010), <http://www.kas.de/wf/de/71.3778/>, 17.07.2011, 2010, o.S.

140 ebd.

141 ebd.

### 3.4 Parteinaher Stiftung

„Die Politischen Stiftungen sind privatrechtliche Organisationen, die Leistungen erbringen, die [...] im öffentlichen Interesse liegen, aber vom Staat selbst nicht wahrgenommen werden können“<sup>142</sup>.

Die verfassungsrechtliche Grundlage für die Tätigkeit der politischen Stiftungen ist nicht wie bei den politischen Parteien in Art. 21 GG und deren Parteiengesetz aufgeführt, sondern in Art. 5<sup>143</sup>, Art. 9 Abs. 1<sup>144</sup> und Art. 12 Abs. 1<sup>145</sup> GG. Die Ziele der Tätigkeiten sind voneinander abzugrenzen. Nach der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgericht (BverfG 2 BvE 5/83) sind die parteinahen Stiftungen „rechtlich selbständig und organisatorisch von den Parteien unabhängig“<sup>146</sup>. Ihre Aufgaben sollen eigenverantwortlich, eigenständig und mit geistiger Offenheit wahrgenommen werden<sup>147</sup>. In den Satzungen der politischen Stiftungen sind die nahestehenden Parteien nicht aufgeführt.

Bei der Wahl der Besetzung führender Positionen, wie der des Vorstandsvorsitzenden, des Vorstandssprechers, des geschäftsführenden Vorsitzenden, des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds und des Schatzmeisters der jeweiligen parteinahen Stiftung, wird keiner aus der nahestehenden Partei gewählt. D.h. aktive Parteimitglieder<sup>148</sup> hervorgehobener Stellungen besetzen kein Amt der Vertretungsorgane der politischen Stiftungen.

Aus welchen Gründen parteinaher Stiftungen überhaupt eingeführt wurden, führe ich im nächsten Punkt „Kurzüberblick des geschichtlichen Werdegangs parteinaher Stiftungen“ auf.

---

142 Gemeinsame Erklärung der parteinahen Stiftungen, 1998, o.S.

143 (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.  
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.  
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

144 (1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

145 (1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.

146 BverfGE 73, 1 - Politische Stiftungen, 1986, o.S.

147 Gemeinsame Erklärung der parteinahen Stiftungen, 1998, o.S.

148 Zu nennen sind hierbei die Bundes- und Landesparteivorsitzende, Mitglieder eines Bundesvorstandes, Schatzmeister, Generalsekretäre und Bundesgeschäftsführer, sowie Funktionsinhaber in den Fraktionen des Bundestags und der Landtage.

### 3.4.1 Kurzüberblick des geschichtlichen Werdegangs parteinaher Stiftungen

„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben“<sup>149</sup>.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Re-education der Alliierten hatten die Parteien die Aufgabe, das Volk für politische Bildung zu gewinnen und politische Inhalte zu vertiefen. Die Bürger sollten wieder am politischen Leben teilnehmen und die, die öffentlicher Verantwortung gewachsen waren, dafür heran gebildet werden. Es sollte zwischen dem Volk und den Staatsorganen eine „lebendige Verbindung“ aufgebaut werden. Dieser Beschluss wurde 1967 im neuen Parteiengesetz verabschiedet<sup>150</sup>.

Um politisch bilden zu können benötigten die Parteien jedoch mehr finanzielle Unterstützung. Ein Jahr zuvor (im Jahr 1966) hatte das Bundesverfassungsgericht die finanziellen Mittel bis auf Weiteres gekürzt. Nur noch die angemessenen Wahlkämpfe der Parteien sollten aus den Haushaltsmitteln vom Staat übernommen werden.

Die Sachentscheidung des Bundesverfassungsgericht über die Parteienfinanzierung war folgende:

„Das Ergebnis, zu dem das Gericht auf Grund der gleich zu schildernden Gedanken kam, ist, dass § 1 des Bundeshaushaltsgesetzes 1965 nichtig ist, soweit er den Bundesinnenminister ermächtigt, 38.000.000 DM an die politischen Parteien auszuschütten; es sei mit Art. 21 und 20 Abs. 2<sup>151</sup> GG unvereinbar, den Parteien Zuschüsse aus Haushaltsmitteln für ihre gesamte Tätigkeit im Bereich der politischen Meinungs- und Willensbildung zu gewähren; hingegen sei es zulässig, den politischen Parteien, die an der politischen Willensbildung des Volkes in erster Linie durch Beteiligung an den Parlamentswahlen mitwirken, aus Haushaltsmitteln die notwendigen Kosten eines angemessenen Wahlkampfes zu erstatten“<sup>152</sup>.

Auch ein Jahr (1967) später, als das Parteiengesetz verabschiedet wurde, veränderte sich nichts an den finanziellen Beschlüssen. Politische Bildungsarbeit zu betreiben gehörte zu

---

149 Art. 20 Abs. 1 GG

150 vgl. von Vieregge, 1977, S. 15 f.

151 Art. 20 Abs. 2 GG : Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

152 Tsatsos, Dimitris: [http://www.zaoerv.de/26\\_1966/26\\_1966\\_2\\_b\\_371\\_389.pdf](http://www.zaoerv.de/26_1966/26_1966_2_b_371_389.pdf), 10.06.2011, 1966, S. 387

den Tätigkeiten der Parteien, die aber nicht als Wahlkampf gelten könnten<sup>153</sup>.

Die Parteien brauchten neue Lösungsansätze, um ohne finanzielle Mittel weiter politisch zu bilden. Von Vieregge schreibt von der „Entdeckung“ parteinaher Stiftungen<sup>154</sup>. Nach von Vieregge „ist die staatliche Finanzierung parteibezogener politischer Bildungsarbeit ins Zwielicht geraten“<sup>155</sup>. Er wagt zu bezweifeln, dass sich durch die parteinahen Stiftungen auch wenig daran ändern wird. Denn drei der sechs parteinahen Stiftungen wurden schon gegründet, bevor den Parteien weniger finanzielle Mittel zur Verfügung standen.

Die erste Stiftung, die entstand, war die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Schon vor dem Zweiten Weltkrieg im Jahr 1925 wurde diese, in Gedanken an den verstorbenen sozialdemokratischen Politiker und ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, gegründet. Mit den Grabspenden konnte der Vermögensgrundstock gebildet werden<sup>156</sup>.

Als zweite wurde, von den Liberalen, die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) 1958 ins Leben gerufen. Man traf sich mit dem damaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss in der Bonner Villa Hammerschmidt.

1964 entstand die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), welche aus der politischen Akademie Eichholz e.V. (gegründet 1958) hervor ging. Die politische Akademie Eichholz e.V. war wiederum der Nachfolger der 1956 gebildeten Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit e.V.<sup>157</sup>.

Während der Zeit des Beschlusses der Parteienfinanzierung wurde die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) 1967 gegründet.

Zwei weitere Stiftungen entstanden viele Jahre später. Zum einen die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), die sich 1990 aus dem Verein „Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.“ entwickelte und zum anderen die Heinrich-Böll-Stiftung (HBS), welche „1997 aus dem Stiftungsverband Regenbogen hervorgegangen“<sup>158</sup> ist. Dies war der Dachverband der drei Stiftungen Buntstift aus Göttingen, Frauen-Anstiftung aus Hamburg und Heinrich-Böll-Stiftung aus Köln.

Welchen Parteien die Stiftungen nahe stehen, erkennt man an der Wahl des Namens. Die Friedrich-Ebert-Stiftung gehört der SPD an, die Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP, die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU, die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU, die Rosa-Luxemburg-Stiftung der Linke und die Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen.

---

153 vgl. von Vieregge, 1977, S. 15 nach Seifert, 1975, S. 305

154 von Vieregge, 1977, S. 16

155 ebd.

156 vgl. von Vieregge, 1977, S. 16

157 ebd.

158 Heinrich-Böll-Stiftung : <http://www.boell.de/stiftung/geschichte/geschichte.html>, 14.06.2011, o.J., o.S.

### 3.4.2 Vereinbarte Aufgabenfelder und Ziele

Bei allen parteinahen Stiftungen steht die politische Bildungsarbeit im Mittelpunkt, dies ist in der „Gemeinsamen Erklärung“<sup>159</sup>, die 1998 formuliert wurde, nachgewiesen. Auf folgenden Grundsatz wurde sich geeinigt:

„Entscheidend ist die permanente und eigentliche Aufgabe der politischen Stiftungen: die Erziehung zur Demokratie, das heißt nicht nur belehren, sondern vormachen. Sie stellt sich im Inland wie im Ausland“<sup>160</sup>.

Weitere Aufgaben, die als Ziel der gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeiten im In- und Ausland beschlossen wurden, sind:

- „durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen, sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäische Einigungsbestrebung zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen“<sup>161</sup>

Mit welchen finanziellen Mitteln die Tätigkeiten umgesetzt werden können, wird im nächsten Punkt geklärt.

---

<sup>159</sup> vgl. Bundesverfassungsrecht : <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv073001.html#Rn163>, 15.06.2011, 1998, o.S.

<sup>160</sup> ebd.

<sup>161</sup> ebd.

Ein Selbstverständnis der parteinahen Stiftungen ist es, der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft abzulegen, um das öffentliche Vertrauen weiter zu stärken. Veröffentlicht werden die vorhandenen und bereits eingesetzten Ressourcen für die politische Bildungsarbeit, deren Tätigkeiten und die Verwendung vorhandener Mittel<sup>162</sup>.

### 3.4.3 Finanzierung

Vorab ist es wichtig, darauf hin zu weisen, dass eine politische Stiftung die nahestehende Partei in keiner Weise unterstützen darf. Im Bundesverfassungsrecht ist klar definiert, dass es den Stiftungen verwehrt ist, „in den Wettbewerb der politischen Parteien einzugreifen, indem sie etwa im Auftrag und für die ihnen nahestehenden Parteien geldwerte Leistungen oder Wahlkampfhilfe erbringen“<sup>163</sup>.

Um die im Interesse der Öffentlichkeit vorliegenden Aufgaben auf professionelle und kontinuierliche Weise zu bearbeiten, bedarf es nicht nur finanzieller, sondern auch sachlicher und personeller Unterstützung. Die sogenannte „Grundstockfinanzierung“ ist die institutionelle Förderung aus dem Bundeshaushalt (Globalzuschüsse). Ohne diesen Grundstock wäre eine kontinuierliche, finanzielle, sachliche und personelle Planung überhaupt nicht möglich<sup>164</sup>. Ausschließlich für die vorgeschriebenen Aufgabenfelder sind die Globalzuschüsse einzusetzen. Die Wirtschaftsführung strebt „Professionalität, Effektivität und Effizienz sowie einen hohen Qualitätsstandard an und beachtet den Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit“<sup>165</sup>.

Damit eine Stiftung für ein Jahr genug Zuschüsse bekommt, haben die Stiftungen dem Bundesminister des Inneren jedes Jahr einen Sachbericht, einen zahlenmäßigen Nachweis und einen Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers vorzulegen, in dem geplante Einnahmen und Ausgaben, mit Begründung für das kommende Jahr, aufgeführt sind.

Als weitere Förderungsmittel für die satzungsgemäßen Aufgaben erhalten die politischen Stiftungen Projektförderungsmittel aus dem Bundeshaushalt.

„Derzeit erhalten die Friedrich-Ebert-Stiftung 31,9%, die Konrad-Adenauer-Stiftung 28%, die Friedrich-Naumann-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung jeweils 10,425%, die Hanns-Seidel-Stiftung 9,75%. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung erhält 9,5% des Bundeshaushaltsansatzes aus Globalzuschüssen“<sup>166</sup>.

---

162 ebd.

163 BverfGE 73, 1 - Politische Stiftungen, 1986, o.

164 vgl. Gemeinsame Erklärung der parteinahen Stiftungen, 1998, o.S.

165 ebd.

166 KAS (Finanzierung): <http://www.kas.de/wf/de/71.3712/>, 17.07.2011 2010, o.S.



Um ein Beispiel zu geben, wie sich eine Stiftung finanziert, wird hier die Finanzierung der Konrad-Adenauer-Stiftung aufgeführt.

Zu 96,8% finanziert sich die KAS aus öffentlichen Zuwendungen, zu 2,7% aus Teilnehmergebühren und anderen Einnahmen und hinzu kommen noch private Einnahmen von Spenden und Fonds die 0,5% ausmachen<sup>167</sup>.

Die Projektfinanzierungen machen den größten Teil der öffentlichen Zuwendungen aus. Einige der finanzierten Projekte sind:

- Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit
- Förderung deutscher Studenten und Graduierte
- Förderung ausländischer Studenten
- Aufbereitung wichtiger Archivalien

Die projektbezogene Zuwendung macht 75,6 % der gesamten Einnahmen aus<sup>168</sup>.

Der Grundstock der finanziellen Unterstützung ist die institutionelle Förderung, die im Haushalt der KAS 24,41 % der Einnahmen ausmacht. Mit den Globalzuschüssen wird z.B. Folgendes finanziert:

- Kongresse, Tagungen und Seminare der politischen Bildung
- Forschung, Beratung und Dokumentation, insbesondere der christlich-demokratischen Bewegung sowie der Grundlagen politischen Wirkens
- Veröffentlichungen und Ausstellungen
- Personalausgaben, sächliche Verwaltungsausgaben, investive Ausgaben<sup>169</sup>

Den geringste Anteil bilden private Einnahmen. Durch Erbschaften verfügt die KAS über drei finanzierte Fonds. Kultur- und Künstlerförderung werden mit dem Else-Heiliger-Fonds finanziert und studienbegleitende Maßnahmen der Begabtenförderung werden „aus Erträgen des Theodor- und Elisa-Weimar-Fonds finanziert“<sup>170</sup>. Mit den Erträgen des Werner-Hintzler-Fonds kann die regionale politische Bildungsarbeit finanziell unterstützt werden.

---

167 Stand: Haushalt 2010 der Konrad-Adenauer-Stiftung

168 vgl. KAS (Finanzierung), 2010, o.S.

169 ebd.

170 ebd.

## **4 Einsatz audiovisueller Medien in der politischen Bildungsarbeit und in der Konrad-Adenauer-Stiftung**

### **4.1 Allgemeine Definition audiovisueller Medien**

Unter AV Medien versteht man „Methoden und Systeme<sup>171</sup> zur Aufnahme oder Aufzeichnung, Speicherung, Übertragung und Wiedergabe von Informationen auf audiovisueller Grundlage“<sup>172</sup>. Filmspulen, Magnetbänder und Kunststofffolien sind einige der Träger, auf denen die Ton- und Bildaufnahmen gespeichert werden können.

In den siebziger Jahren zählte Rösner zu den AV Medien:

- den Tonfilm, das dazu vermittelnde Gerät war der Tonfilmprojektor
- den Super-8-Film, dieser wurde mit dem Super-8-Arbeitsprojektor, Super-8-Kassettenprojektor und Super-8-Abtaster wiedergegeben
- die Videokassette gab man mit einem Videorecorder und einem Bildschirm wieder
- Fernsehsendung vermittelte ein Fernsehgerät
- ein EVR-Film konnte mit einem EVR-Abspielgerät und einem Bildschirm angeschaut werden
- die Bildplatte wurde mit einem Bildplattenspieler und einem Bildschirm wiedergegeben
- und die vermittelnden Geräte der Tonbildschau waren ein Tonbildschaugerät, Diaprojektor, Tonbandgerät, Kassettenrecorder und ein Abtaster mit Bildschirm<sup>173</sup>

Der Super-8-Film und der EVR-Film spielen heutzutage keine Rolle mehr. Es wurden neue Medien wie DVD / Bluray und das Internet entwickelt.

---

171 Unter Systeme kann hierbei eine planvoll strukturierte Ganzheit betrachtet werden und die Informationen gelten als Mitteilungsinhalte aller Art (ebd.)

172 ebd.

173 vgl. Rösner, Helmut : Audio-Visuelle Medien. Technik-Einsatz\_Programm, Berlin 1972, S.8

Schon in den 60er Jahren wurden AV Medien in den allgemeinbildenden Schulen und den Berufsschulen für den Unterricht verwendet. Eine Umfrage des Instituts für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, für wie sinnvoll die Verwendung von Unterrichtsfilmen gehalten wird, ergab folgendes Ergebnis:

	Lehrer an Volks- hochschulen (VS)	Lehrer an Realschulen (RS)	Lehrer an Gymnasien (G)	Lehrer an Berufsschulen (BS)
ja	100 %	98 %	97%	98%
nein	0 %	2 %	3%	2 %

**Tabelle 1:** Folgerung aus der Infratest-Untersuchung 1965/66: Die Verwendung von Unterrichtsfilmen wird für Sinnvoll gehalten (vgl. Inst. f. Film und Bild, 1967, S. 8).

Auch die Ausstattung der Schulen mit technischen Geräten für audio-visuelle Mittel wurden untersucht.

	Gesamt	VS	RS	G	BS
Filmprojektor	95 %	95 %	96 %	94 %	95 %
Diaprojektor	96 %	94 %	99 %	96 %	97 %
Tonbandgerät	83 %	74 %	94 %	97 %	92 %
Plattenspieler	73 %	57 %	97 %	99 %	81 %
Fernsehgerät	12 %	6 %	14 %	23 %	16 %
Radiogerät	83 %	84 %	85 %	80 %	76 %
Schulfunkanlage	36 %	36 %	37 %	30 %	42 %
Nichts davon	1 %	1 %	—	—	—

**Tabelle 2:** Folgerung aus der Infratest-Untersuchung 1965/66 : Ausstattung der Schulen mit technischen Geräten (vgl. Inst. f. Film und Bild, 1967, S. 9).

Horst Ruprecht zufolge ist es unverständlich, dass angenommen wurde, AV Medien würden immer noch eine sekundäre Rolle in den Erziehungs- und Bildungsprozessen spielen. Betrachtet man die Ergebnisse der Studien, so wird man eines Besseren belehrt<sup>174</sup>.

1911 hatte man bereits Untersuchungen gestartet, wie sich der Einsatz des Films auf die Lehrenden auswirkt. Herausgefunden wurde, „dass der Wirkungsgrad von Unterricht und Ausbildung durch den Einsatz von Filmen (AV Medien) erheblich zunimmt“<sup>175</sup>.

Wie sich die AV Medien im Bereich der politischen Bildung durchgesetzt haben, werde ich im nächsten Punkt untersuchen.

<sup>174</sup> vgl. Ruprecht, Horst / Meyer, Ernst (Hrsg.) / Rother, Ewald (Hrsg.) : Die audio-visuelle Mittler in der Politischen Bildung. Ein Handbuch für Lehrer und Erzieher, München 1969, S. 21

<sup>175</sup> Brugger, Gustav : Die neuen audio-visuellen Systeme. Begriffsbestimmung und rechtliche Beurteilung insbesondere des sog. „Kassettenfernsehens“ und der „Bildplatte“, Heft 40, Berlin 1970, S. 21

## 4.2 Einsatz audiovisueller Medien in politischer Bildung

Ob Anfang der sechziger Jahre oder in der heutigen Zeit, die Aufgabe der AV Medien als unterstützendes Arbeitsgerät der Lehrenden ist gleich geblieben. Kenntnisse, Einstellungen und Fähigkeiten über Themen politischer Bildung sollen durch AV Medien besser vermittelt werden<sup>176</sup>. Sie sind jedoch nicht nur ein Hilfsmittel zur Vermittlung der Bildungsmaßnahmen der Dozenten, sondern auch eine Hilfestellung zur größeren Verständlichkeit der Teilnehmer einer Veranstaltung. Durch die Visualisierung können Details eines Vortrages und vor allem Schlüsselaussagen besser behalten werden. In der politischen Bildung kommt es oft zu komplexen Zusammenhängen, die der Einzelne durch bildhafte und strukturiert dargestellte Inhalte leichter und schneller erfassen kann. Politisch bildende Vorträge, Diskussionen und andere Veranstaltungen sind nicht immer, wie in der schulischen politischen Bildung, zeitlich eingegrenzt. Damit bei längeren Ausführungen der Lernende, wegen des komplexen und vielfältigen Inhalts, nicht die Orientierung verliert, ist eine parallel zum Vortrag sichtbare Gliederung von Vorteil. Somit hat der Zuhörer immer wieder den Vorteil, sich schon vorgeführte Themen zurück ins Gedächtnis zu rufen und sich besser einzuprägen. Je nach didaktischem Hintergrund des verantwortlichen Dozenten kann es Kernthesen und -aussagen geben, die von größerer Wichtigkeit sind. Durch die dauerhafte Sichtbarkeit der Thesen in Bild oder Schriftform werden die Thesen noch stärker akzentuiert<sup>177</sup>.

Der Lehrende hat in diesem Fall die Aufgabe „den Kontakt zwischen dem audiovisuellen [Medium] und den Schülern“<sup>178</sup> herzustellen. Es ist von großer Bedeutung, dass die AV Medien von dem Lehrenden an der richtigen Stelle seines Vortrags eingesetzt werden. Eine Informationsüberladung sollte vermieden werden, da dies zu Desinteresse und Überforderung der Lernenden führen kann. Ruprecht spricht hier von einer „richtigen Verteilung der Informationsmenge pro Zeiteinheit“<sup>179</sup>. Hierbei spielt es keine Rolle, welche der AV Medien, ob ein Film, eine aufgezeichnete Fernsehsendung, eine Diashow oder eine Powerpointpräsentation, die mit Musik hinterlegt ist, eingesetzt wird. Der zu Lernende soll durch AV Medien aktiviert und nicht demotiviert werden, um besser am Unterricht teilnehmen zu können.

---

176 vgl. Paschen, Joachim (Hrsg.) / Messe, Herrad (Hrsg.) : Audiovisuelle Medien in der Politischen Bildung. Stuttgart 1978, S. 20

177 vgl. Verfasser: Wilbert, Annette (Hauptabteilung Politischen Bildung, Stabsstelle Methodik & Didaktik), annette.wilbert@kas.de, Betreff: Anfrage für Bachelorarbeit, 23.05.2011, 2011, o.S.

178 Ruprecht, 1969, S. 25

179 ebd.

Die Lernenden sollten in der politischen Bildung vom Lehrenden motiviert werden, „selbstständig AV Medien zum Zwecke der Information, der Orientierung oder der Objektivierung zu suchen und [zu verwenden]“<sup>180</sup>.

Joachim Paschen sah Ende der Siebziger Jahre Probleme im Wachstum der Massenmedien. Denn dem Lehrenden der politischen Bildung müsse bewusst sein, „dass seine Schüler, Adressaten, Gesprächspartner durch massenmediale „Erfahrungen“ vorgeprägt sind, und zwar in einer Art, die häufig genug den Zielen der politischen Bildung widerspricht“<sup>181</sup>. Es nütze jedoch wenig, „über eine solche Entwicklung zu lamentieren“<sup>182</sup> oder sogar den privaten Konsum der Massenmedien zu verbieten, da das Verhältnis weniger Stunden Vortrag in einer Institution und mehrerer Stunden Massenmediennutzung in der Woche, einen zu großen Unterschied darstelle und es zu einer Resignation der Lernenden, vor allem der jungen Generation, führen könnte<sup>183</sup>.

Einer der wichtigsten Prozesse ist die anschließende Verarbeitung der Aussagen eines AV Mittlers. Mit dem vorgeführten Anschauungsmaterial kann in Kleingruppen (4-5 Personen) oder Gesprächsgruppen (10-15) dann eine Hypothese aufgestellt werden, um diese in sachlichen Diskussionen kritisch zu betrachten. Die Funktion des Lehrers hierbei liegt in der Anregung, Steuerung, Beratung oder der Mitarbeit. Mit dem Erlernen des produktiven selbständigen Denkens, sollen in der politischen Bildung mit Hilfe der AV Medien Demokraten herangebildet werden<sup>184</sup>.

Gerade in der politischen Bildung ist es wichtig, als Lehrender neutral und sachlich zu unterrichten. Die eigenen Empfindungen, Emotionen, Meinungen, Haltungen, Vorurteile und Attitüden dürfen keine Rolle in den Lernphasen spielen. Trotzdem fließen sie, oft unbewusst, in die Lernprozesse mit ein. Ruprecht vergleicht dieses Verhalten mit dem eines Filters, „der bestimmte Inhalte und Formen nicht durchlässt und damit Lernprozesse verhindert. Die AV Medien besitzen in dieser Hinsicht eher reale Möglichkeiten, derartige Barrieren abzubauen“<sup>185</sup>. Aber auch da kommt es auf die Wahl der Medien an. Bei Nachrichtensendungen werden Informationen auch gefiltert, indem nur aktuelle und dem Nachrichtensender wichtig erscheinende Informationen übermittelt werden. Ein lehrender Film hingegen soll neutraler Mittler von allen Informationen sein, die für Bildung relevant sind.

In den weiteren Punkten werde ich auf einzelne AV Medien und ihre Einsatzmöglichkeiten eingehen.

---

180 ebd.

181 Paschen, 1978, S. 17

182 ebd.

183 ebd.

184 vgl. Ruprecht, 1969, S. 25

185 1969, S. 27

#### 4.2.1 Der Film als audiovisueller Mittler

Der Film war einer der ersten der modernen Mittler und gilt als eine der gängigsten Varianten der AV Medien. Für die politische Bildung war und ist der Film als Vermittler von großer Bedeutung. Die Infratest-Untersuchung des Instituts München hat zwar herausgefunden, dass in den Fächern Biologie, Geschichte und Erdkunde der Film stärker in den Unterricht einfließt, jedoch würde bei näheren Untersuchungen der Inhalte von geschichtlichen und geographischen Filmen ein beträchtlicher Teil von politischer Relevanz zu finden sein<sup>186</sup>.

Schon Anfang des 20. Jahrhunderts (ca. 1907) wurde der Film dafür eingesetzt „die staatsbürgerliche Erziehung auf anschaulicher Grundlage zu betreiben und das staatsbürgerliche Wissen durch optische Zusatzinformationen zu verbreiten“<sup>187</sup>.

Eine bedeutende Aufgabe des Films in dieser Zeit war nicht nur das Informieren und Popularisieren des Regimes (Kaisertum und Herrscherhaus), vor allem sollte das Volk positiv auf die Regierung gestimmt werden<sup>188</sup>.

In der Zeit der Weimarer Republik wurde die Filmgattung „Dokumentarfilm“ für die politische Bildung entdeckt. Im streng historischen Sinn sollten politische Ereignisse dokumentiert werden. Bis heute spielen dokumentarische Filme, mit geschichtlichen und politischen Schwerpunkten der letzten Jahrhunderte, für die politische Bildung eine wichtige Rolle.

Nach 1945 schreibt Ruprecht vom Wandel des stummen Mediums zum audiovisuellen Mittler. Von da an wurde das Hauptaugenmerk auf sachliche Zusammenhänge, Strukturen und Relationen in filmischer Sprache gelegt<sup>189</sup>. Er hat nun zur wesentlichen Aufgabe, den Bürger zu informieren, zu orientieren, zu objektivieren und zu aktivieren demokratisch zu denken und zu handeln.

Es gibt drei verschiedene Filmarten, die in der politischen Bildung eingesetzt werden können. Zwischen folgenden Filmtypen wird unterschieden: 1. das Einzeldokument, 2. die filmische Dokumentation, 3. der Informationsfilm.

Das Einzeldokument kann eine einzelne Rede oder ein Ausschnitt aus dieser sein, aber auch die Unterzeichnung eines bedeutsamen Vertrages. Es ist keine Verfilmung eines Charakters oder einer Geschichte, sondern die Wiedergabe eines Sachverhalts in bruchstückhafter Abfolge.

Im Rahmen der politischen Bildungsarbeit werden diese Dokumente gerne genutzt, jedoch ist der Einsatz erst ab einem gewissen Alter der Schüler sinnvoll. Das Aufbereiten eines

---

<sup>186</sup> vgl. Ruprecht, 1969, S. 35

<sup>187</sup> Ruprecht, 1969, S. 35-36

<sup>188</sup> vgl. Ruprecht, 1969, S. 36

<sup>189</sup> ebd.

meist sehr schwierig verständlichen und oft kodierten Dokuments ist mit Schülern unter 14 Jahren nicht möglich. Als Beispiel wird der Film FT 564 „Goebbels spricht“ verwendet. Nicht der ganze Film wird als Einzeldokument gesehen, sondern nur ein Ausschnitt, in dem Goebbels in Genf seine „Friedensreden“ hält<sup>190</sup>.

Die filmische Dokumentation „besitzt dokumentarischen Wert, weist aber zugleich filmische Gestaltungsmerkmale auf“<sup>191</sup>. Der Unterschied zum Einzeldokument ist ausschließlich der Umfang und die Gestaltungsweise. Es wird ein Sachverhalt objektiv und unvoreingenommen dargestellt, denn die Meinungsbildung des Rezipienten ist nicht Sinn und Zweck der Filmart<sup>192</sup>. „Halt! Zonengrenze“ sei hier ein geltendes Beispiel als filmische Dokumentation<sup>193</sup>.

In einem Informationsfilm sollen Wissenstatbestände von Informationen übermittelt werden. Diese Form von Film ist in den Materialbeständen der Bildstellenorganisationen der Landeszentralen am häufigsten vorhanden. Im Gegensatz zu Fernsehen und Hörfunk, bei denen Aktualität und politisches Tagesgeschehen von großer Bedeutung sind, kann der Inhalt für Filme unabhängig vom Tagesgeschehen gewählt werden<sup>194</sup>. „Zahlreiche Probleme aus den Bereichen: Grundrechte, Recht im Alltag, gesellschaftliche und politische Institutionen, neueste Geschichte sind in diesem Sinne [...] zeitüberdauernd informativ“<sup>195</sup>.

Natürlich sei es nicht ausgeschlossen, dass diese Filme auch veraltern, z.B. wegen Veränderungen durch gesellschaftliche Entwicklungen. Trotzdem verlieren sie nicht so schnell an Gültigkeit.

Ähnlich wie bei den filmischen Dokumentationen verhält sich hier die Wirksamkeit zur politischen Bildung<sup>196</sup>.

Weitere Unterschiede zu einer filmischen Dokumentation sind die eindeutigen filmischen Gestaltungsweisen „sowie die Absicht, zahlreiche Fachinformationen zu vermitteln“<sup>197</sup>.

Als Beispiel hierzu führt Ruprecht den klassischen Film „Unsere Straße“ auf<sup>198</sup>.

---

190 vgl. Ruprecht, 1969, S. 37 ff

191 Ruprecht, 1969, S. 39

192 ebd.

193 „Mit „Halt! Zonengrenze“ präsentieren die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin eine filmische Dokumentation jener Grenze, die sich von der Ostsee bis zur Tschechoslowakei durch Deutschland zog“ ( Politische Bildungsarbeit, o.J., o.S.).

194 vgl. Ruprecht, 1969, S. 42

195 ebd.

196 ebd.

197 Ruprecht, 1969, S. 43

198 Der informative und spielfilmartig gestaltete Film, erzählt über „die Arbeit einer Gemeindeverwaltung am Beispiel der Tätigkeit einiger Abgeordneter, die aus Initiative von Kindern sich um den Ausbau einer Straße in einem Vorort bemühen“ (ebd.).

Bei allen drei Filmarten wurden Untersuchungen angestellt. Entscheidend war, inwieweit AV Medien auf den Rezipienten, vor allem bei der politischen Bildungsarbeit, einwirken und wie viel von dem gezeigten Material im Gedächtnis bleibt.

Dazu wurden gleichgroße Schülergruppen, die Filmklasse und die Nichtfilmklasse, mit gleichen Inhalten, aber auf unterschiedlicher Art und Weise unterrichtet. In der Filmklasse wurden Filmdokumente vorgeführt und anschließend ausgewertet und in der Nichtfilmklasse wurden Dokumente vom Lehrer oder einem Schüler vorgetragen. Mit anschließenden Wissenstests fand man heraus, dass die Filmklasse mit ihrem Wissen der Nichtfilmklasse voraus war.

Nicht nur das Vorführen der Filme spielte dabei eine wichtige Rolle. Wichtig ist auch hier die Informationsdichte und die Gesamtinformationsmenge, die nicht so groß sein darf. Denn die Aufnahmefähigkeit kann sonst dadurch erheblich geschwächt werden<sup>199</sup>.

#### **4.2.2 Bildaufnahmen als audiovisueller Mittler**

Nicht nur der Film gilt als AV Medium. Auch das Bild, mit dem Charakter der Momentaufnahme, kann als AV Medium gedeutet werden. Denn in den meisten Fällen der Bildungsarbeit wird nicht nur ein Bild oder werden mehrere Dias gezeigt, sondern auch ein Tonband abgespielt oder ein dazu gehöriger Vortrag vom Lehrenden gehalten. Sobald beide Sinne, Hören und Sehen, beansprucht werden, wird von AV Medien gesprochen. Je nach methodisch-didaktische Absicht geht man von vier verschiedenen Formen des Bildeinsatzes aus<sup>200</sup>. Es wird zwischen dem Einzelbild, der additiven Reihe, der strukturierten Reihe und der Bildreihe mit Tonteil unterschieden.

Mit Hilfe eines Overhead- oder Diaprojektors oder einer Powerpointpräsentation über einen Beamer werden Bilder dargestellt.

Das Einfügen von bildlichem Material in einer Präsentation für politische Bildung kann als Hilfestellung für den Schüler gelten. Vor allem Themen in der politischen Bildung z.B. vom Zweiten Weltkrieg sind ohne bildliche Darstellungen unvorstellbar und würden unrealistisch wirken.

Genauso wie bei Filmdokumenten wird das Bild und dessen mögliche Aussage intensiv betrachtet und in Gruppen gemeinsam an Lösungsvorschlägen gearbeitet. Je genauer sich die Gruppen mit dem Bildinhalt auseinandersetzen, desto länger wird eine bessere Erinnerungsfestigkeit erreicht<sup>201</sup>.

---

199 vgl. Ruprecht, 1969, S.37 ff

200 vgl. Ruprecht, 1969, S. 49

201 vgl. Ruprecht, 1969, S. 50



### **4.3 Einsatz von AV Medien in der KAS von den 80er Jahren bis heute**

Demokratie kann nur mit erfolgreicher politischer Bildung überleben. Erfolgreiche politische Bildung nur mit aktiven und motivierten Bürgern. Um jedoch erfolgreich politisch zu bilden, bedarf es nicht nur an interessanter und zielgruppenorientierter Auswahl des Inhaltes, sondern auch an abwechslungsreichen Gestaltungen der Vorträge durch AV Medien, die die Lernenden zum ambitionierten Lernen motivieren sollen.

Der Einsatz von AV Medien erfolgt in der Hauptabteilung politische Bildung der KAS je nach Zielgruppe bzw. didaktischem Hintergrund durch den jeweils für die Bildungsmaßnahme verantwortlichen Dozenten. Nicht anders als bei anderen Einrichtungen für politische Bildungsarbeit, sei es für die Erwachsenen- und Jugendbildung oder für die schulische Weiterbildung, werden die gleichen AV Medien auch bei Veranstaltungen der KAS eingesetzt.

Seit den 80er Jahren bis heute kommt in der KAS vor allem dem Medium Film eine besondere Bedeutung zu, um Inhalte durch gezielte Text-Bild-Kombination zu visualisieren und so die kritische Wahrnehmung adäquat zu schulen.

Andere Medien, mit denen bildliche Darstellungen und Dokumente aufgezeigt werden konnten, waren Diaprojektoren und Tageslichtprojektoren. Heute werden diese Medien zwar auch noch verwendet, aber durch die Erfindung des Computers und dessen entwickelten Programmen wurde der Projektor fast überall durch einen Beamer ersetzt und die Folie durch das digitale Programm „Powerpoint“. Bei einer Powerpointpräsentation werden Daten digital zusammengefügt und in einer vorab entschiedenen Reihenfolge abgespielt. Dabei wird ein Vortrag gehalten. Dem Zuschauer werden die wichtigsten Punkte des Vortrages als Raster dargestellt und auch Bilder können als Element mit in die Präsentation eingefügt werden. Vor allem bei längeren Veranstaltungen hat dies den Vorteil, dass der Lernende den Überblick behält und dem Lehrenden besser folgen kann. Nicht nur bei Vorträgen haben AV Medien einen hohen Stellenwert, sondern auch in Diskussionen, Gruppenarbeiten oder anderen Unterrichtsmethoden können Medien von besonderer Bedeutung sein. Dadurch können Arbeitsabläufe besser strukturiert, Ergebnisse festgehalten oder der zu Lernende besser in Themenkomplexe eingeführt werden. Um eine Grundlage für eine anstehende Diskussion bei der politischen Bildungsarbeit zu schaffen, ist der Einsatz von einem AV Medium z.B. eines informativen Films von großem Vorteil. Das AV Medium soll dem Diskutierenden eine Wissensbasis über das Thema verschaffen, mit der er selbstbewusst an der Diskussion teilnehmen kann.

Auch bei Gruppenarbeiten kann ein dokumentarischer Film oder ein Ausschnitt eines Lehrfilms vorab einen Überblick zum so bearbeitenden Thema verschaffen.

AV Medien, vor allem mit Inhalten politischer Schwerpunkte aus der Vergangenheit, werden für die KAS und für die anderen politischen Bildungsinstitutionen bei den Bildstellen der Bundeszentrale oder der Landeszentralen zum Verleih angeboten.

Im sechsten Kapitel dieser Arbeit werden explizit zwei Veranstaltungen der KAS untersucht, die als Beispiel für den Einsatz von AV Medien gelten sollen.

Nicht nur als institutionalisierte Form liegt politische Bildung in der KAS vor. Das Lernen kann auch vom Interessenten selbst gesteuert werden, indem dieser sich zum Beispiel mit den Materialien auf der Internetseite der KAS auseinander setzt. Die Internetseite der KAS bietet viele verschiedene Themen, Publikationen und Informationen an. Neben Veröffentlichungen von aktuellen Themen auch jene, die nicht aktuell in der Regierung besprochen und in Nachrichten ausgestrahlt werden, hat der Nutzer die Möglichkeit, sich über für die KAS und CDU prägende Ereignisse der Vergangenheit zu informieren. Viele schriftliche Dokumentationen über Beschlüsse, Koalitionsverträge, Protokolle von Bundesparteitagen aus der Geschichte der CDU, aber vor allem auch AV Medien über z.B. eine Rede Konrad Adenauers 1950 zur Gründungspartei, Trickfilme zu Bundestagswahlen für die CDU in den 50er und 60er Jahren, die ersten Regierungsreden von Helmut Kohl 1982 und vieles mehr sind Teil der politischen Bildung auf der Internetseite der KAS.

Durch die Förderung von jungen Journalisten in der Akademie wurde ein eigenes Repertoire an vielen selbst produzierten Filmen geschaffen, das dem Bürger von Nutzen sein kann. Zu aktuellen Themen wie z.B. der Internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise wird dem Interessenten mit einem Film vereinfacht dargestellt, warum vor allem in der Krisenzeit der Zusammenhalt Europas wichtig ist. Weitere filmische Kurzdokumentationen befinden sich in der Sparte der früheren Veranstaltungen. Neben der textlichen Zusammenfassung soll die Dokumentation von etwa zwei Minuten Dauer den Rezipienten über das Thema der Veranstaltung aufklären und bilden.

„Infolge von nachhaltiger Demokratieentwicklung, Modernisierung und technologische Fortschritt“<sup>202</sup>, müssen immer neue Medien eine wichtige Rolle bei den politischen Institutionen spielen. Dies ist vor allem wichtig, um die junge Generation in einer Demokratie anzusprechen, um das Interesse zu wecken, denn „der „reflektierte Zeitungsleser“ [kann] nicht länger die Zielvorstellung der politischen Bildung sein“<sup>203</sup>.

---

202 Kalina, 2010, S. 14

203 Demokratie-Kongress: [http://www.kas.de/upload/veranstaltungen/2009/12/091208\\_dokumentation.pdf](http://www.kas.de/upload/veranstaltungen/2009/12/091208_dokumentation.pdf), 01.07.2011, 2009, S. 12

Neuartige Medien des 21. Jahrhundert sind das Internet und Web 2.0. Mit dieser neuartigen technischen Entwicklung ist es der KAS möglich, während einer Veranstaltung Interviews mit ausgewiesenen Experten über den Videochat „Skype“<sup>204</sup> zu führen. Weitere Neuheiten sind Twitterwall<sup>205</sup>, die Konferenzen unterstützt, und Wikis<sup>206</sup>, das für Lernplattformen eingesetzt wird.

---

204 „Skype“ ist ein Programm, dass den Usern (Nutzern) es ermöglicht über das Internet per Videotelefonie umsonst zu kommunizieren. Neben des einfachen Gespräches von zwei Personen, macht Skype es möglich mit mehreren Personen gleichzeitig zu sprechen. Die User haben so die Möglichkeit sogar Konferenzen von ihren Schreibtisch mit Gesprächspartnern aus der ganzen Welt zu führen.

205 Twitter ist ein Informationsnetzwerk im Internet, welches dem User (Nutzer) „in Echtzeit die neusten Informationen zu Themen liefert“ (Twitter, 2011, o.S.). Der User kann sich nicht nur in öffentlichen Streams (kontinuierliche Übertragung von Daten) informieren und dazu gehörigen Konversationen folgen, sondern auch selber „Tweets“ (winzige Informationspartikel, die 140 Zeichen lang sind) posten (Niederschreiben) um seine eigene Meinung mit zu teilen.  
Die hier von der KAS und anderen Institutionen für Veranstaltungen (Konferenzen, Fachtagungen, Messen etc.) angewandte Twitterwall ist zu einem gängigen Hilfsmittel geworden. Bei einer „Twitterwall“ handelt es sich um Projektionen von Tweets die während und über die Veranstaltung „live“ von den Teilnehmern gepostet werden. Alle Tweets die ein Stichwort, einen sog. „Hashtag“ (Zwei zusammengeführte Wörter „Hash“ (Doppelkreuz #) und „Tag“ (Stichwort). Also „[...] Stichwörter mit einer Raute davor, welche auf das Thema eines Tweets hinweisen“ (Morhardt, 2011, o.S.)) beinhalten, werden auf eine Wand projiziert, damit für alle Teilnehmer der Veranstaltungen, auch die kein Twitter benutzen, die Tweets zugänglich und sichtbar sind.

206 Durch das leicht bedienbare System Wikis können Inhalte im Internet veröffentlicht werden, die von allen Nutzern bearbeitet werden können. Wikis stammt von dem hawaiianischen Ausdruck „wiki“, welches schnell bedeutet. Das Besondere des `Content Management System` (CMS), im Gegensatz zu anderen Weblogs, ist die Offenheit. Der Inhalt kann nicht nur ein User bestimmen, verändern, ergänzen und löschen, sondern alle User haben im Prinzip das Recht dazu (vgl. e-teaching, 2006, o.S.).  
Durch die Auseinandersetzung und Bearbeitung der Inhalte entsteht bei den Usern automatisch ein Lerneffekt.

## 5 Betrachtung von Vor- und Nachteilen des Einsatzes audiovisueller Medien

Der Einsatz von AV Medien bringt sowohl Vor- als auch Nachteile mit sich. Das kann z.B. davon abhängen, wie der Lehrende die AV Medien in seiner Fortbildung einbringt. Werden überhaupt Medien verwendet oder gar zu viele? In diesem Abschnitt untersuche ich verschiedene Bedingungen, die zu Vor- und Nachteilen führen können.

### 5.1 Gründe für den verstärkten Einsatz audiovisueller Medien

„Die grundlegende Funktion der politischen Bildung besteht darin, den Menschen zum verantwortungsbewussten politischen Handeln zu befähigen. Ihre erste zentrale Aufgabe ist es, den Lernenden zu motivieren. Hierbei leisten die AV Medien einen wichtigen und durch nichts anderes ersetzbaren Beitrag“<sup>207</sup>.

Horst Ruprecht untersuchte dreimal, in einem Abstand von 10 Jahren (1958, 1968, 1978), anhand einer Skala die Beliebtheit der einzelnen Fächer an den Schulen, aber auch in der Weiterbildung. Er kam zu dem Ergebnis, dass politische Bildung auf der Skala ganz am Ende stand. Um das Interesse an politischer Bildung bei den Lernenden zu wecken, bedurfte es einiger Variablen, die da waren: „Die Gruppenzugehörigkeit des einzelnen, der Lehrereinfluss [und] die Unterrichtsgestaltung unter besonderer Berücksichtigung der Medienverwendung“<sup>208</sup>. Diese Variablen sollten die Meinung der zu Bildenden gegenüber politischer Bildung positiv verändern. Bei einigen Feldexperimenten<sup>209</sup> kam er zu dem Ergebnis, dass die Untermalung von Vorträgen mit variablen Medieneinsätzen den Beliebtheitsgrad politischer Bildung sichtlich steigerte. Die gezielte Verwendung von Medien bewirkte eine Steigerung der Motivation bei den Lernenden zugunsten des Faches<sup>210</sup>. Der Lernende wird durch AV Medien angeregt, aktiver an Veranstaltungen und dem Unterricht teilzunehmen. Das „Herausführen aus einem Zustand des passiven, rezeptiven Verharrens [...] [hat] den Lernerfolg“<sup>211</sup> erhöht.

---

207 Ruprecht, 1980, S. 263-264

208 ebd.

209 In diesem Feldexperiment wurden einige Klassen „traditionell“ unterrichtet, d.h. dass die einzigen möglichen Medien Bücher, Texte oder gar die Tafel waren. Andere Lehrer lehrten mit sorgfältiger Verwendung von Medien ihre Schüler (ebd.).

210 ebd.

211 Ashauer, Günther (Hrsg.): Audiovisuelle Medien. Handbuch für Schule und Weiterbildung, Ferd 1980, S. 13

Der Einsatz eines AV Mediums kann sowohl am Anfang, als auch während des Lehrgangs erfolgen. Jedoch sollte er systematisch und genau geplant sein. Der Referent sollte dafür Sorge tragen, dass die Medien seinen Vortrag unterstützen und lebendiger machen. Eine Überfrachtung kann allerdings demotivierend wirken und zu Verwirrungen führen. Auch hierbei kann weniger mehr sein.

Betrachten wir beispielsweise das am meisten angewandte AV Medium, den Film. Kurze und sachliche Filme, die Probleme aufzeigen, Fälle präsentieren und zu nachhaltigen Diskussionen und Analysen führen, sind sehr effektiv. Nach Günter Ashauer ist die Wirkung von Filmen, um den Lernenden aktiv anzuregen, stärker als von verbalen und schriftlichen Darstellungen<sup>212</sup>. Grund dafür ist die auflockernde Wirkung. Der Rezipient fühlt sich vom Einfluss des Films und des Fernsehens unterhalten.

Welche Vorteile der Film speziell für die Erwachsenenbildung aufweist, wurde in drei Thesen während der 22. Oberhausener Kurzfilmtage<sup>213</sup> im Jahre 1976 aufgestellt:

1. „Der Film ist eine Möglichkeit, soziale Erfahrungen zu ersetzen, Anregungen zu geben, die Kommunikation zwischen verschiedenen sozialen Gruppen zu fördern
2. Er kann Katalysator eigener Erfahrungen sein und somit auch Möglichkeiten eröffnen, Selbstinitiative zu ergreifen
3. Filme können alternative Informationen zu offiziellen Darstellungen bieten und dadurch medienkritisch wirken“<sup>214</sup>

Nicht nur für den Lernenden, sondern auch für den Lehrenden können AV Medien von Bedeutung sein. Sie gelten, genauso wie Texte und Bücher, als Orientierungshilfe. Themen, die vom Referenten gelehrt und vorgetragen werden sollen, kann er sich durch AV Medien besser veranschaulichen. Gerade in der politischen Bildung, wird oftmals über politisch prägende Ereignisse gelehrt und berichtet, die meist vor der Geburt der Lehrenden oder während sie noch sehr jung waren, stattgefunden haben. Neben der eigenen, bereits bildlichen, Vorstellung des Geschehens, kann ein AV Medium diese noch verstärken.

---

212 vgl. Ashauer, 1980, S. 18

213 Filmpädagogische Aktivitäten der Erwachsenenbildungseinrichtungen wurden von dem deutschen Volkshochschulverband gefördert. Dadurch konnte sich aus einem Volkshochschul-Seminar die Oberhausener Kurzfilmtage entstehen. Veranstaltet werden die Kurzfilmtage von der Stadt Oberhausen, dem deutschen Volkshochschulverband und dem Landesverband der Volkshochschulen von NRW in Oberhausen. In einem damit verbunden Seminar wird jedes Jahr „über die Einsetzbarkeit von Kurzfilmen in der Erwachsenenbildung diskutiert“ (von Rüden, 1980, S. 351). Preisgekrönte Produktionen werden von der Landeszentrale für politische Bildung in NRW angekauft, dadurch wird der Einsatz der Filme in der Erwachsenenbildung gefördert (vgl. von Rüden, 1980, S. 351).

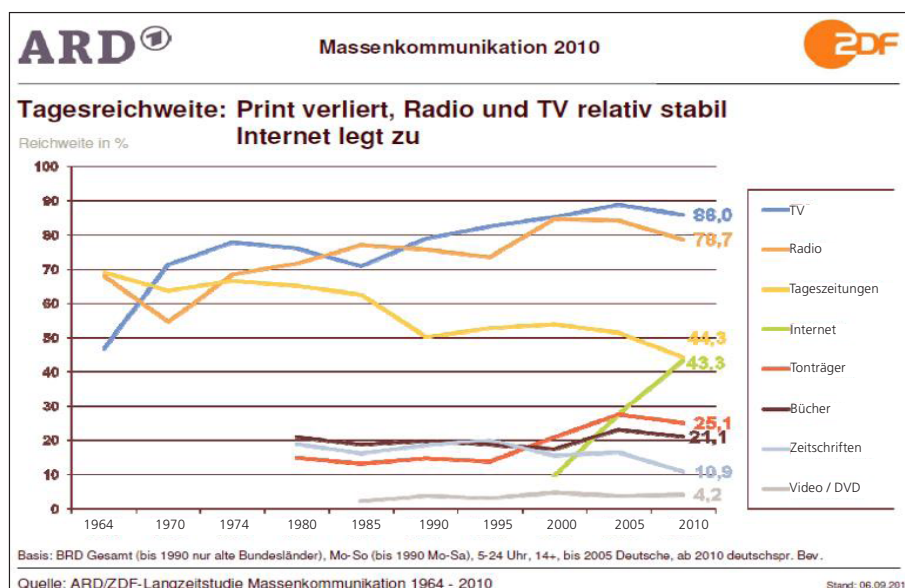
214 Von Rüden in Ashauer, Günther (Hrsg.): Audiovisuelle Medien. Handbuch für Schule und Weiterbildung, Ferd 1980, S. 350 nach Pfalzgraff, o.J., S. 236

Andere Vorteile der AV Medien sind die Intensivierung der Informationsübermittlung, die Perfektion der Darbietung und die Reproduzierbarkeit der Inhalte. Das Vorgetragene kann mit Hilfe der AV Medien besser veranschaulicht werden, aber auch zusätzlich mit weiteren Informationen angereichert werden.

### 5.1.1 Veränderung der Medienlandschaft und des Medienkonsums

Gerade in der heutigen Mediengesellschaft spielen AV Medien mehr denn je eine wichtige Rolle. Die meisten Bürger informieren und belehren sich zum großen Teil ausschließlich über Fernsehen, Radio und Internet. Untersuchungen im Jahr 2010 von der ARD/ZDF Massenkommunikation bestätigen das Mediennutzungsverhalten der deutschen Bürger. Man fand heraus, dass, trotz der rasanten Entwicklung des Internets, das Fernsehen und das Radio die meistgenutzten Medien sind. „Sie machen im Jahr 2010 mit 220 bzw. 187 Minuten pro Tag etwa zwei Drittel der gesamten Mediennutzungsdauer aus“<sup>215</sup>. Das Internet wird im Gegensatz dazu 83 Minutenlang genutzt. Den Tageszeitungen und Zeitschriften widmet der Konsument am Tag 23 bzw. sechs Minuten<sup>216</sup>.

Um den Unterschied von vor vierzig Jahren zu heute zu sehen, sind im Folgenden Grafiken der ARD/ZDF Massenkommunikation aufgeführt.

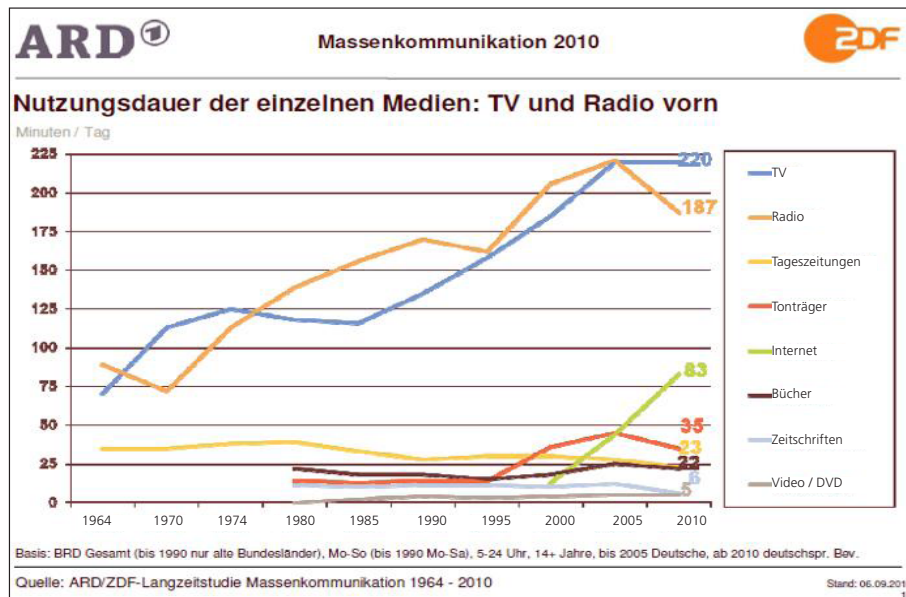


**Abb. 2:** Die durchschnittliche Tagesreichweite von Nutzung der Massenmedien in Prozenten angegeben von 1964-2010<sup>217</sup>.

<sup>215</sup> Media Perspektive : [http://www.media-perspektiven.de/pressemitteilung\\_mk\\_2010.html#c19967](http://www.media-perspektiven.de/pressemitteilung_mk_2010.html#c19967), 05.07.2011 2010, o.S.

<sup>216</sup> ebd.

<sup>217</sup> Engel, Dr. Bernhard / Ridder, Dr. Christa-Maria : Massenkommunikation 2010, Pressekonferenz 9. September 2010 [http://www.media-perspektiven.de/uploads/tx\\_downloads/ARD\\_ZDF\\_Medienkommission\\_-\\_Handout.pdf](http://www.media-perspektiven.de/uploads/tx_downloads/ARD_ZDF_Medienkommission_-_Handout.pdf) 05.07.2011, 2010, S. 5



**Abb. 3:** Durchschnittliche Nutzungsdauer der einzelnen Medien am Tag von 1964-2010<sup>218</sup>.

Die grafische Darstellung macht deutlich, wie stark Radio und Fernsehen das Interesse des Konsumenten dominieren. Das noch Anfang der Sechziger Jahre vielgenutzte Medium Zeitung wurde immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Seit der Einführung des Internets verlieren die Tageszeitung und all die anderen Printmedien noch mehr an Bedeutung. Vorteile, die die Weiterentwicklung der Medienlandschaft mit sich bringen sind die vielen Möglichkeiten, sich in der Gesellschaft eigenständig politisch zu bilden. Entweder durch Nachrichten, Dokumentarfilme oder Politiktalksendungen im Fernsehen oder viele informative und kostenlose Seiten im Internet. Der Lernende kann sich so bereits einen Überblick über die Thematik verschaffen, bevor er an Veranstaltungen zur politischen Bildung teil nimmt.

## 5.2 Nachteile in der Anwendung von audiovisuellen Medien

Zu viele übermittelte Informationen durch Medien führen zu einem sogenannten „Medien-terror“. Hauptsächlich handelt es sich hierbei um überladene und Textlastige Folien oder Powerpointpräsentationen, aber auch um einen zu schnellen Wechsel von vielen verschiedenen Medien in einer Präsentation. Bei den Lernenden kann dieser Überfluss von Informationen und Medien zu einem passiven und rezeptiven Konsumverhalten führen. Dies hat zur Folge, dass dem Lehrenden nicht mehr die volle Aufmerksamkeit geschenkt wird und viele übermittelte Informationen schnell wieder in Vergessenheit geraten.

<sup>218</sup> Ebd.Engel/ Ridder, 2010, S. 11

„[AV Medien] können Umwelt nur simulieren und in dieser Simulation vermögen sie darüber hinaus Umwelt auch nur unvollständig zu repräsentieren“<sup>219</sup>. Für sich allein stehen können AV Medien nicht, denn sie sind generellen Begrenzungen unterworfen. Es sind didaktische Zusatzleistungen erforderlich, die vom Lehrenden geleistet werden oder als eigene Ergänzung des Rezipienten. Denn aus der eigenen Erfahrungs- und Vorstellungswelt des Empfängers und der Simulation der realen Situation, entsteht ein vollständiges Bild<sup>220</sup>.

Es bedarf eines zusätzlichen Referats, Vortrags oder einer Diskussion. Denn sonst werden kommunikative Defizite hinterlassen, da das AV Medium nicht auf Nachfragen des Adressaten eingehen und diese beantworten kann<sup>221</sup>. Um das Gesehene besser zu verarbeiten und zu verinnerlichen braucht das Individuum zudem nach dem Konsum einen Informationsaustausch mit Gleichgesinnten.

Ein weiterer Mangel der Medien ist die Produktion von AV Medien, vor allem beim Film. Denn die meisten Filme sprechen nur den ideellen Durchschnittsadressaten an, d.h. Besonderheiten und konkrete Lernsituationen können vom Medienautor nicht immer individuell berücksichtigt werden. Die Medienangebote sind intentional begrenzt, da sie spezifische Sichtweisen vom Autoren aufweisen<sup>222</sup>. „Die besondere Ausprägung der Autorenintention kann Diskrepanzen zu den persönlichen Auffassungen der Adressaten und ihrer Interpretation der Lehrziele nicht ausschließen“<sup>223</sup>.

Bei der Wissensvermittlung spielen nicht nur der richtige Einsatz von AV Medien während des Vortrags und die richtige, systematische Auswahl dieser eine bedeutende Rolle, sondern hängt es auch vom Alter, der Vorbildung und den Lehrgewohnheiten ab, wie lange die Darbietung andauert und wie viele Medien eingesetzt werden. Je intelligenter die Schüler, desto weniger werden sie durch AV Medien gefördert<sup>224</sup>.

Für politische Bildung in der Erwachsenenbildung ist diese Aussage zwiespältig, da das Alter und vor allem die Intelligenz keine Rolle spielen darf. Hier spielt nur die demokratische Intelligenz eine Rolle und die kann immer wieder durch Veranstaltungen mit und ohne AV Medien gesteigert werden.

---

219 Strittmatter / Wokittel, in Ashauer, Günther (Hrsg.): Audiovisuelle Medien. Handbuch für Schule und Weiterbildung, Ferd 1980, S. 109

220 ebd.

221 vgl. Strittmatter / Wokittel, 1980, S. 116

222 ebd.

223 ebd.

224 vgl. Ruprecht, 1980, S. 265



## **6 Einsatz von audiovisuellen Medien in der politischen Bildungsarbeit anhand von zwei Beispielen der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Um den Einsatz der AV Medien bei der KAS zu verdeutlichen, untersuche ich zwei von der KAS durchgeführte Veranstaltungen. Welche AV Medien werden tatsächlich vom Referenten eingesetzt und welche Auswirkungen haben diese auf den Rezipienten? Auch von einer anderen Art von Medieneinsatz soll hier die Rede sein, dabei handelt es sich um ein Medientraining. Folgende Veranstaltungen werden untersucht: „Orte der Demokratie“ und „Politische Rhetorik und Medientraining“.

### **6.1 Orte der Demokratie**

Die Akademie Berlin der KAS bietet eine Veranstaltung an, bei der Orte präsentiert werden, „welche für die Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik eine wichtige Rolle gespielt haben“<sup>225</sup>. Neben einem Gespräch mit Josephine Landertinger, Mitarbeiterin der online-Redaktion der KAS und Autorin des Filmprojekts, und mit der Zeitzeugin Helga Schubert, werden Verfilmungen über die „Orte der Demokratie“ vorgeführt. Die hierfür beispielhaft aufgeführten Orte, welche die zeitgeschichtlichen deutschen Zäsuren repräsentieren, sind: der Deutsche Bundestag, die Berliner Mauer, die Synagoge in Osnabrück und die Kirche der mecklenburgischen Gemeinde Proseken<sup>226</sup>.

Ein Einladungsverteiler wird aus der Adressendatei der KAS erstellt, um per Brief oder Mail mögliche Interessenten einzuladen. Aber auch jeder weitere Interessent, der keine Einladung erhält, aber mehr über die Berliner Mauer und die DDR erfahren will, kann an der Veranstaltung teilnehmen.

Gerade die zeithistorisch prägenden Themen sind für die politische Bildung von großer Wichtigkeit. Denn der Demokratiegedanke eines jeden Bürgers, vor allem der Jüngeren, kann durch solche Erfahrungswerte noch mehr gefestigt werden. Für die junge Generation ist Demokratie eine Selbstverständlichkeit, da sie mit diesem Gedanken aufgewachsen sind. Jedoch muss sich die Frage nach dem Warum gestellt werden. Warum wurde in der BRD die Demokratie eingeführt? Was hat dazu geführt, dass die Staatsform verändert wurde? Seit wann ist die BRD eine Demokratie? All diese Fragen werden durch die Veranstaltungen von Institutionen, die politisch bilden, wie der KAS, beantwortet. Insbesondere bei diesen Themen ist das AV Medium Film authentisch und erzielt die gewünschte pädagogische und didaktische Wirkung.

---

<sup>225</sup> KAS (Veranstaltung), 2011, o.S.

<sup>226</sup> ebd.

Bei der Veranstaltung „Orte der Demokratie“ werden die Interessenten auch über einige historische Ereignisse der DDR und der Berliner Mauer belehrt.

Mit einer Begrüßung durch Herrn Kornelius, Referent der KAS Akademie Berlin, werden die Teilnehmer Willkommen geheißen und mit der Thematik vertraut gemacht. Anschließend folgt eine Einführung in das Projekt der Filmemacherin Josephine Landertinger.

In Anlehnung an die Erfolgsgeschichte der BRD, die „mit zahlreichen Orten der Freiheit und der Demokratie verbunden“<sup>227</sup> ist, entstand ein Projekt mit sechs Filmen. Themen der Filme sind „weltweit bekannte, aber auch weniger beachtete Orte, die für herausragende Ereignisse, politische Entscheidungen und für Demokratie stehen – von der Berliner Mauer bis zur Kirche in Proseken“<sup>228</sup>. In dieser Veranstaltung spielen aber nur zwei der sechs Dokumentarfilme / Reportagen eine Rolle.

Der erste vorgeführte Film „Erinnern oder Verdrängen?“ (Die Berliner Mauer) handelt von einer Schülergruppe aus Berlin Kreuzberg, die sich mit dem Thema `Berliner Mauer` beschäftigt und sich zu den wichtigsten Orten der Geschichte führen lässt. Des weiteren wurden Zeitzeugen interviewt. Zum einen der Westberliner Professor Klaus Schroeder und das Ehepaar Piniek, die zu der Zeit Bewohner Ostberlins waren und zum anderen José Ramirez, der als Migrant in die DDR kam. Alle geben einen Einblick in ihre Erlebnisse während der Teilung von Ost- und Westdeutschland.

Der von der KAS selbst produzierte Film hat eine Länge von etwa 20 Minuten. Nach der Filmvorführung folgt ein Gespräch mit einem Moderator und weiteren Zeitzeugen. Sie lassen den Film Revue passieren und fügen Erlebnisse aus der damaligen Zeit hinzu. Dadurch erlangt der Lernende zusätzliches Wissen. Um den Zuschauern das Gefühl zu geben, dass sie auch ein Teil der Veranstaltung sind, können von ihnen Fragen an die Zeitzeugen gestellt werden. Je aktiver der Rezipient bei einer Veranstaltung teilhaben kann, desto motivierter ist er, Informationen aufzunehmen und diese besser zu behalten.

Mit einer weiteren Filmvorstellung, „Es ist schon später, als du denkst“ (Die Kirche in Proseken), soll aus einer anderen Perspektive heraus die Zeit der DDR betrachtet werden. Unterschiedliche Erlebnisse von gleichen Situationen helfen dem Lernenden, seine eigene Meinung zu optimieren. Um in einer Demokratie mündig zu sein, bedarf es mehrerer Anhaltspunkte und Erkenntnisse eines Ereignisses. So kann der Bürger sich besser mit politischen Themen auseinander setzen und mitdiskutieren.

Der Dokumentarfilm handelt von dem Ort Proseken in Mecklenburg Vorpommern, der damals, für die Öffentlichkeit nahezu unbekannt, für die DDR-Opposition von großer Wichtigkeit war. Die Schriftstellerin Helga Schubert stellt Mitglieder der DDR-Opposition

<sup>227</sup> KAS (Themen), 2011, o.S.

<sup>228</sup> ebd.

vor. Eigene Erfahrungen in der DDR werden von Bewohnern Prosekens, dem Pastor Harloff, seiner Ehefrau Evelore Harloff und Rosmarie Kalf geschildert. Sie berichten auch über die Veränderung, die in den letzten zwanzig Jahren statt gefunden hat. Des weiteren wird zum Andenken an den 19. Oktober 1989 eine Tafel enthüllt und gefeiert<sup>229</sup>.

Ein anschließendes Gespräch mit der Schriftstellerin und Protagonistin des Filmes, Helga Schubert, soll beim Rezipienten, wie schon bei der vorherigen Unterhaltung, für ein besseres Verständnis bezüglich der Aussagekraft des Films sorgen.

Hier dient das AV Medium nicht zur Unterstützung eines Vortrags, sondern es sollen hier nachträgliche Gespräche die Inhalte der Filme intensivieren und ergänzen. Das Medium der zeithistorischen Filmdokumentation oder Reportage steht bei der Veranstaltung im Mittelpunkt und soll als roter Faden durch das Programm führen.

Im Gegensatz zu dieser Veranstaltung, bei der das AV Medium als Mittler für zeithistorische Informationen steht, kann es auch anderen Zwecken dienen. Welche Absichten die KAS mit dem Einsatz von AV Medien noch verfolgt, zeige ich anhand eines weiteren Beispiels.

## 6.2 Politische Rhetorik und Medientraining

„Wer heute etwas in Politik und Gesellschaft bewegen und erreichen will, muss die Regeln der Kommunikation und des Medieneinsatzes kennen sowie mit den modernen Kommunikationstechniken vertraut sein“<sup>230</sup>.

Jedes Jahr wird von der KAS ein neues Programm für die politische Bildungsarbeit angefertigt. Darin erscheinen die wichtigsten Aufgaben für das kommende Jahr. Zu den Schwerpunkten des politischen Bildungsangebots im Jahr 2011 zählen Kommunalpolitische Bildungsarbeit und Schulungen in politischer Kommunikation<sup>231</sup>. Zielgruppe der Veranstaltung sind politisch interessierte Bürger, junge Erwachsene, aber auch politische Funktions- und Mandatsträger. Das Hauptaugenmerk soll hier auf eine Veranstaltung der politischen Kommunikation gelegt werden.

„Nach Meinung vieler Kommentatoren und Experten ist eine der größten Herausforderung für unsere Demokratie die Überwindung einer wachsenden Distanz zwischen Bürgern und gewählten Politikern“<sup>232</sup>.

---

229 ebd.

230 KAS (politische Kommunikation), 2011, o.S.

231 vgl. KAS (Jahresprogramm 2011), 2011, o.S.

232 ebd.

Mit der Vielfalt neuer Kommunikationswege und -mittel muss eine gemeinsame Sprache erst wieder entwickelt werden. Für diese Anforderungen an die heutige Gesellschaft bietet die KAS Kurse an. Einen wichtigen Stellenwert für Kurse und Seminare in diesem Jahr sind erweiterte Rhetorikangebote, durch individuelles Medientraining, Fundraising, Kampagnenplanung, Krisenkommunikation und Führungsseminare.

Wie im vorherigen Abschnitt bereits erwähnt, bietet der Einsatz von AV Medien andere Möglichkeiten, als in einem Gespräch, einem Vortrag oder einer Diskussion. Neben der Belehrung über zeithistorische und aktuelle politisch geprägte Themen ist eine weitere wichtige Aufgabe der KAS die Erweiterung der kommunikativen Kompetenz des Bürgers. Denn rhetorische Fähigkeiten „sind im Berufsleben unerlässlich und gehören erst recht für die erfolgreiche politische Auseinandersetzung zur notwendigen Grundausstattung“<sup>233</sup>. Die kommunikative Kompetenz wird unter Anleitung eines versierten Trainers gesteigert. Die Seminarteilnehmer lernen in schwierigen Situationen souveräner aufzutreten, welche Wirkung ihre Körpersprache und ihr Auftreten auf ihr Umfeld haben, „wie sie ihre Standpunkte sicher vertreten und mit überraschenden Einwürfen und Kritik umgehen können“<sup>234</sup>. AV Medien gelten hier als Orientierung und Hilfsmittel. Einerseits unterstützen passende Lehrfilme den Vortrag über praktische Übungen. Andererseits zeigen Videoaufzeichnungen von den Kursteilnehmern während einer Übung sofort und anschaulich, an welcher Stelle bei ihnen die Verbesserung für das eigene Image nützlich wäre. Eigene Verhaltensfehler nimmt der Mensch ohne Hinweise von außen meist gar nicht wahr, weil er sie sich wahrscheinlich noch nicht dabei beobachtet hat, wie er sie begeht. Diese Aufzeichnungen lassen die eigenen Barrieren erkennen und können helfen sie zu beseitigen. Das in der Veranstaltung produzierte Anschauungsmaterial wird gemeinsam von der Gruppe (max. 12 Personen) analysiert.

---

233 ebd.

234 ebd.

## 7 Fazit

### 7.1 Bilanz und Ausblick darauf, wie sich der Einsatz von AV Medien in den nächsten Jahren entwickeln wird

Ziel der Untersuchung war es herauszufinden, wie sich der Einsatz von audiovisuellen Medien im Rahmen der politischen Bildungsarbeit allgemein und speziell bei der Konrad-Adenauer-Stiftung entwickelt hat.

Die AV Medien haben in den letzten vierzig Jahren immer mehr an Bedeutung für die politische Bildung gewonnen. Vor allem heute ist das Thema `Einsatz von Medien` wichtiger denn je. Die Gesellschaft hat sich, wie die Darlegungen in Kapitel fünf zeigen, zu einer Informationsgesellschaft gewandelt, d.h., das Potential der Informationsgewinnung, -verarbeitung und -distribution hat sich durch die neuen Medien verändert und vergrößert. Mit den heutigen Massenkommunikationsmitteln - das meist genutzte Medium ist weiterhin das Fernsehen - sind die Bürger immer mehr in der Lage, sich selbstständig politisch zu bilden. Für Institutionen, die politische Bildungsarbeit anbieten, hat dies zur Folge, dass sie ihre Veranstaltungen attraktiver mit AV Medien gestalten müssen, um den Bürger zu aktivieren und zu motivieren daran Teil haben zu wollen. Es müssen Überlegungen angestellt werden „wie „Produkte der Informationsgesellschaft“ die politische Bildung, sowohl methodisch, als auch inhaltlich bereichern bzw. verändern können“<sup>235</sup>. Denn die Erwartungen der Bürger an politische Bildung haben sich verändert<sup>236</sup>.

Als bedeutendste Informationsquelle gelten die Nachrichten um 20 Uhr. Diese bieten dem Rezipienten einen 15 minütigen Überblick über nationale und internationale aktuelle Geschehnisse. Je nach Sender werden die Nachrichten nach deren Zielgruppen gefiltert. So ist der politische Anteil bei der ARD Tagesschau erheblich höher als bei den RTL II News. Die Filterfunktion hat bei allen Nachrichten den Nachteil, dass dem Zuschauer nicht jede Information zukommt. Die Entscheidung welche Informationen wichtig sind und welche nicht, wird von den Redaktionen der Fernsehproduktionsfirmen übernommen und somit auch vorgegeben. „[Die] Adressaten [sind] durch massenmediale „Erfahrungen“ vorgeprägt , und zwar in einer Art, die häufig genug den Zielen der politischen Bildung widerspricht“<sup>237</sup>.

---

<sup>235</sup> Weinmann, 2000, S. 49

<sup>236</sup> vgl. KAS (politische Kommunikation), 2011, o.S.

<sup>237</sup> Paschen, 1978, S. 17

Die breite Masse der Bürger hält, zum Nachteil für ihre politischen Weiterbildung, die Informationen der Nachrichten für ausreichend. Sie empfindet weitere Veranstaltungen über politische Bildung für überflüssig. „Die Bürgerinnen und Bürger sind [laut Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der KAS] jedoch nicht politikverdrossen oder -abstinent, sondern wollen sich engagieren, etwas bewegen, und bedienen sich dabei Möglichkeiten jenseits des traditionellen Politikbetriebes“<sup>238</sup>. Dies schließt sie aus den „vermehrt[en] Protest[en] gegen rechtsstaatlich zustande gekommene politische Entscheidungen“<sup>239</sup>. Träger politischer Bildungsarbeit müssen den Bürger wieder dazu bringen, Politik zu verstehen, demokratisch zu denken und zu handeln.

Das AV Medium `Film`, dem ich in meiner Arbeit die meiste Aufmerksamkeit geschenkt habe, hat sich in den letzten dreißig Jahren immer mehr durchgesetzt. In den siebziger Jahren gab es noch Widerstand seitens der Referenten gegen den Einsatz von AV Medien. Um ein paar Gründe dafür zu nennen:

- „mangelnde Kenntnis der vorhandenen Geräte
- zunächst noch fehlende geeignete Software
- Unsicherheit [über] fehlende[.] Kompatibilität der Geräte
- Unsicherheit in Bedienung der Geräte  
(wegen fehlender Ausbildung und Einweisung)“<sup>240</sup>

Ashauer beschreibt diese AV Medien - freie Zeit, trotz der bereits vorhandenen Möglichkeiten, als „soziale Innovationszeit“<sup>241</sup>.

Heute ist das Angebot von Filmen, während politischer Bildungsseminare, fast selbstverständlich. Der Einsatz von AV Medien hängt jedoch vom Format, der Zielgruppe und den lokalen Umständen der politischen Bildungsveranstaltung ab.

Besteht die Zielgruppe aus Politikern, die aktiv am Politikgeschehen teilnehmen, werden eher Vorträge gehalten, die ab und zu von Powerpointpräsentationen unterstützt werden. Anders ist es bei interessierten Bürgern, die an einer politisch bildenden Veranstaltung teilnehmen. Der Referent versucht den Vortrag dadurch interessanter zu gestalten, indem er verschiedene Medien einsetzt. Trotz ernst zu nehmender Themen spielt hier der Unterhaltungswert auch eine gewisse Rolle. Nur so ist es möglich, wirklich alle Bürger anzusprechen und zu motivieren.

---

238 KAS (Jahresprogramm 2011), 2011, S. 1

239 ebd.

240 Ashauer, 1980, S. 15

241 ebd.

In den nächsten Jahren werden AV Medien immer mehr an Präsenz in der politischen Bildungsarbeit gewinnen müssen. Zusätzlich muss das Augenmerk mehr auf digitale Medien, Web 2.0 und 'Social Networks' gelegt werden. Durch die stetig steigende Nutzung des Internets wird, es der KAS erleichtert die Bürger für politische Bildung über soziale Netzwerke, Blogs etc. anzusprechen und zu motivieren.

Ondrej Kalina spricht in seiner Faktensammlung 'erfolgreich.politisch.bilden' von der Erweiterung des „Fokus [...] auf Vermittlungsformate jenseits der tradierten, institutionalisieren Formen“<sup>242</sup>. Man müsse mehr Energie in die orts- und zeitunabhängige Bildung stecken. Zu dieser Form der digitalisierten Bildung zählen „Tele-Teaching“<sup>243</sup> und E-Learning<sup>244</sup> mit Online Seminaren, webbasierten Tools sowie die Etablierung der politischen Bildner als Akteure im WEB 2.0.“<sup>245</sup>.

Für die KAS ist es im heutigen, digitalen Zeitalter wichtiger denn je, den Trend der AV- und Digital - Medien zu erkennen und bestmöglich umzusetzen, um auch in Zukunft die neue, Medienorientierte Gesellschaft politisch informieren und bilden zu können.

Grundsätzlich werden viele Einsatzmöglichkeiten der AV Medien von den Referenten der KAS wahrgenommen und gezielt eingesetzt. Mit verschiedenen Veranstaltungsangebote soll der Bürger sogar befähigt werden Medien im Alltag richtig zu nutzen. Trotz Modernisierungen der Veranstaltungen erreicht die KAS aber nur einen Teil der Bürger. Das Hauptaugenmerk darf in den nächsten Jahren also nicht nur auf den gezielten Einsatz von Medien gelegt werden, sondern das Verlangen nach politischer Bildung im Allgemeinen muss dem Bürger wieder schmackhaft gemacht werden. Dieser Aspekt wäre für weitere Untersuchungen unabdingbar.

Denn eine Demokratie ohne politische Bildung und ohne engagierte, interessierte Demokraten wird auf Dauer nicht bestehen können.

---

242 2010, S. 104

243 Tele-teaching ist eine Live -Übertragung von Lehrveranstaltungen mit einer Videokonferenz (vgl. e-teaching, o.J., o.S.)

244 „E-Learning bezeichnet das Lernen mit elektronischen Medien. [Es] [...] ist eine Form des Lernens, bei der digitale Medien (Computer und Internet) eingesetzt werden“ (ebd.).

245 ebd.

## Literaturverzeichnis

### Bücher:

**Andersen, Uwe / Wichard, Woyke** (Hrsg.) : Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 3. Auflage, Leske + Budrich, Opladen 1997

**Ashauer, Günther** (Hrsg.) : Audiovisuelle Medien. Handbuch für Schule und Weiterbildung, Dümmlers, Ferd 1980

**Bundesminister für Bildung und Wissenschaft** : Bildungsbericht '70. Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik, Dr. Heger, Bonn 1970

**Burger, Gustav** : Die neuen audio-visuellen Systeme. Begriffsbestimmung und rechtliche Beurteilung insbesondere des sog. „Kassettenfernsehens“ und der „Bildplatte“, Heft 40, Dokumentation, Berlin, 1970

**Busche, Jürgen** : Die 68er. Biographie einer Generation, Berlin Verlag, Berlin, 2003

**Detjen, Joachim** : Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland, R.Oldenburg Verlag, München 2007

**Deutsche Vereinigung für politische Bildung** (Hrsg.) : Politische Bildung in den Achtzigerjahren. Erster Bundeskongress für Politische Bildung – Gießen 1982, J. B. Metzlersche, Stuttgart 1983

**Fischer, Kurt Gerhard** : Einführung in die politische Bildung. Ein Studienbuch über den Diskussions- und Problemstand der Politischen Bildung in der Gegenwart, 3. Auflage, Carl Ernst Poeschel Verlag GmbH, Stuttgart 1973

**Franke, Kurt / Knepper, Herbert** : Aufbruch zur Demokratie. Politische Bildung in den 90er Jahren: Ziele, Bedingungen, Probleme, Leske & Budrich, Opladen 1994

**Gagel, Walter** : Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1998/90. 3. Auflage, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005



**Giesecke, Hermann** : Didaktik der Politischen Bildung. Juventa – Verlag, München 1965

**Hufer, Klaus-Peter** : Politische Bildung in der Erwachsenenbildung. in: Wolfgang Sander (Hrsg.) : Handbuch der politischen Bildung. Band 11, Wochenschauverlag, Schwalbach/Ts 1997

**Hufer, Klaus-Peter** (Hrsg.) : Lexikon der politischen Bildung. Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Band 2, Wochenschauverlag, Schwalbach 1999

**Hüfner, Klaus** : Hochkonjunktur und Flaute: Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1967-1980, Klett-Cotta, Stuttgart 1986

**Kuhn, Hans-Werner / Massing, Peter / Skuhr, Werner** (Hrsg.) : Politische Bildung in Deutschland. Entwicklung – Stand – Perspektiven Leske + Budrich, Opladen 1990

**Kuhn, Hans-Werner / Massing, Peter / Skuhr, Werner** (Hrsg.) : Politische Bildung in Deutschland. Entwicklung – Stand – Perspektiven, 2. Auflage, Leske + Budrich, Opladen 1993

**Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht** (Hrsg.) : Audio-visuelle Arbeitsmittel im Unterricht. An Volksschulen, Realschule, Gymnasien und Berufsschulen, Rudolf Eimannsberger, München 1976

**Lange, Dirk** : Monitor politische Bildung. Daten zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2010

**Litt, Theodor** : Die politische Selbsterziehung des deutschen Volkes. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst), Schimmelbusch, Bonn 1956

**Meendermann, Karin / Meyer, Heinz / Bernhard Muszynski** (Hrsg.) : Neue Medien in der politischen Bildung. Grenzen und Möglichkeiten, Waxmann, Münster 2000

**Oetinger, Friedrich** (Wilhelm, Theodor) : Partnerschaft. Die Aufgabe der politischen Erziehung, J.B. Metzlersche, Stuttgart 1953

**Paschen, Joachim** (Hrsg.) / **Messe, Herrad** (Hrsg.) : Audiovisuelle Medien in der Politischen Bildung. Ernst Klett, Stuttgart, 1978

**Rösner, Helmut** : Audio-Visuelle Medien. Technik-Einsatz-Programm, Deutscher Bücherverband, Berlin 1972

**Ruprecht, Horst** / **Meyer, Ernst** (Hrsg.) / **Rother, Ewald** (Hrsg.) : Die audiovisuellen Mittler in der Politischen Bildung. Ein Handbuch für Lehrer und Erzieher, Manz, München 1969

**Sander, Wolfgang** (Hrsg.) : Handbuch politische Bildung. Reihe Politik und Bildung, Band 11, Wochenschauverlag, Schwalbach/Ts 1997

**Schausberger, Norbert** : Politische Bildung als Erziehung zur Demokratie. Jugend und Volk, Wien – München 1970

**von Vieregge, Dr. Henning** : Parteistiftungen. Zur Rolle der Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Friedrich-Naumann-, und Hans-Seidel-Stiftung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Nomos, Baden-Baden 1977

## Internetquellen

### Stiftung – Haus der Geschichte der BRD

<http://www.hdg.de/lemo/html/Nachkriegsjahre/DieAlliierteBesatzung/potsdamerKonferenz.html> 12.05.2011

### Spiegel

<http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=25498957&aref=image035/E0242/SCSP200204300620086.pdf&thumb=false> 25.05.2011

### Friedrich-Ebert-Stiftung

<http://www.fes.de>

- <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/band3/e235g1658.html> 26.05.2011
- [http://www.fes.de/sets/s\\_stif.html/](http://www.fes.de/sets/s_stif.html/) 14.06.2011
- <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/03178.pdf> 15.06.2011

### Bundeszentrale für politische Bildung

[http://www.bpb.de/themen/UEZYL5,0,Die\\_68erBewegung.html](http://www.bpb.de/themen/UEZYL5,0,Die_68erBewegung.html) 26.05.2011

### Konrad-Adenauer-Stiftung

<http://www.kas.de>

- <http://www.kas.de/wf/de/71.3716/> 30.05.2011
- [http://www.kas.de/upload/dokumente/jahresbericht2009/Jahresbericht2009\\_gesamt.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/jahresbericht2009/Jahresbericht2009_gesamt.pdf) 30.05.2011
- <http://www.kas.de/wf/de/71.3628/> 30.05.2011
- <http://www.kas.de/wf/de/71.3711/> 01.06.2011
- [http://www.kas.de/upload/dokumente/pub/PuB\\_Imageheft.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/pub/PuB_Imageheft.pdf) 01.06.2011
- [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_20184-544-1-30.pdf?100722123229](http://www.kas.de/wf/doc/kas_20184-544-1-30.pdf?100722123229) 01.07.2011
- <http://www.kas.de/akademie/de/events/45367/> 12.07.2011
- <http://www.kas.de/wf/de/71.9603/> 13.07.2011
- <http://www.kas.de/wf/de/33.21140/> 14.07.2011
- <http://www.kas.de/eichholz/de/publications/21595/> 15.07.2011
- <http://www.kas.de/wf/de/42.6/> 17.07.2011
- <http://www.kas.de/wf/de/71.3756/> 17.07.2011
- <http://www.kas.de/wf/de/71.3759/> 17.07.2011

- <http://www.kas.de/wf/de/42.7/> 17.07.2011
- <http://www.kas.de/wf/de/71.5130/> 17.07.2011
- <http://www.kas.de/wf/de/42.39/> 17.07.2011
- <http://www.kas.de/wf/de/71.3778/> 17.07.2011
- <http://www.kas.de/wf/de/71.3712/> 17.07.2011
- <http://www.kas.de/wf/de/42.5/> 17.07.2011

**Demokratikongress : erfolgreich.politisch.bilden. Ergebnisse und  
Impressionen des Demokratie-Kongresses der Konrad-Adenauer-Stiftung**

- [http://www.kas.de/upload/veranstaltungen/2009/12/091208\\_dokumentation.pdf](http://www.kas.de/upload/veranstaltungen/2009/12/091208_dokumentation.pdf) 17.07.2011

**Kaline, Ondrej : Erfolgreich. Politisch. Bilden. Faktensammlung zum Stand  
der politischen Bildung in Deutschland, KAS, Sant Augustin / Berlin 2010**

- [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_20184-544-1-30.pdf?100722123229](http://www.kas.de/wf/doc/kas_20184-544-1-30.pdf?100722123229) 30.06.2011

**Aretz, Jürgen : Synthese von Geist und Politik. November 2005**

- [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_7455-544-1-30.pdf?051102123414](http://www.kas.de/wf/doc/kas_7455-544-1-30.pdf?051102123414) 30.05.2011

**Duden**

- <http://www.duden.de> 31.05.2011

**Deutscher Bundestag**

- [http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg\\_02.html](http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_02.html) 09.06.2011

**Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht  
und Völkerrecht Tsatsos, Dimitris**

- [http://www.zaoerv.de/26\\_1966/26\\_1966\\_2\\_b\\_371\\_389.pdf](http://www.zaoerv.de/26_1966/26_1966_2_b_371_389.pdf) 10.06.2011

**Rosa-Luxemburg-Stiftung**

- <http://www.rosalux.de/stiftung.html> 14.06.2011

**Heinrich-Böll-Stiftung**

- <http://www.boell.de/stiftung/geschichte/geschichte.html> 14.06.2011

**Friedrich-Naumann-Stiftung**

- <http://www.freiheit.org/Satzung/49c67/index.html> 15.06.2011

**Hans-Seidel-Stiftung**

- [http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/110101\\_HSS-Satzung.pdf](http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/110101_HSS-Satzung.pdf) 15.06.2011

**Rosa-Luxemburg-Stiftung**

- [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/stiftung/Satzung\\_RLS\\_2009.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/stiftung/Satzung_RLS_2009.pdf) 15.06.2011

**Bundesverfassungsrecht**

- <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv073001.html#Rn163> 15.06.2011

**Berlin.de**

- [http://www.berlin.de/imperia/md/content/lzpb/publikationen/ueber\\_sicht\\_nach\\_themen/deutsche\\_geschichte/haltzone.pdf?start&ts=1305286551&file=haltzone.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/lzpb/publikationen/ueber_sicht_nach_themen/deutsche_geschichte/haltzone.pdf?start&ts=1305286551&file=haltzone.pdf) 23.06.2011

**Twitter**

- <http://twitter.com/about> 29.06.2011

**Dennis Morhardt und Flabs.**

- <http://twitterwallr.com/> 29.06.2011

**E-teaching**

- <http://www.e-teaching.org/technik/kommunikation/wikis/> 05.07.2011
- <http://www.e-teaching.org/glossar?azrange=E> 15.07.2011

**Media Perspektiven**

- [http://www.media-perspektiven.de/pressemitteilung\\_mk\\_2010.html#c19967](http://www.media-perspektiven.de/pressemitteilung_mk_2010.html#c19967) 05.07.2011

**Engel, Dr. Bernhard / Ridder, Dr. Christa-Maria :****Massenkommunikation 2010, Pressekonferenz 9. September 2010**

- [http://www.media-perspektiven.de/uploads/tx\\_downlods/ARD\\_ZDF\\_Medienkommission\\_-\\_Handout.pdf](http://www.media-perspektiven.de/uploads/tx_downlods/ARD_ZDF_Medienkommission_-_Handout.pdf) 05.07.2011

**Schriftlicher Kontakt**

Verfasser: Wilbert, Annette (Hauptabteilung Politischen Bildung, Stabsstelle Methodik & Didaktik), annette.wilbert@kas.de, Betreff: Anfrage für Bachelorarbeit. Empfänger: Bille, Jana (Studentin an der Hochschule Mittweida), jana.bille@gmx.net, 23.05.2011

Verfasser: Korneli, Christoph (Referent bei der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung Christoph.Korneli@kas.de, Betreff: Bachelorthema: Die Entwicklung des Einsatzes audiovisueller Medien, im Rahmen der politischen Bildungsarbeit, bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. Empfänger: Bille, Jana (Studentin an der Hochschule Mittweida), jana.bille@gmx.net, 07.07.2011

Verfasser: Schorpp, Rita (Stiftungsübergreifendes Projektmanagement, Akademie Konrad-Adenauer-Stiftung), Rita.Schorpp@kas.de, Betreff: Bachelorthema: Die Entwicklung des Einsatzes audiovisueller Medien, im Rahmen der politischen Bildungsarbeit, bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. Empfänger: Bille, Jana (Studentin an der Hochschule Mittweida), jana.bille@gmx.net, 07.07.2011

**Eigenständigkeitserklärung**

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit ohne fremde Hilfe selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Teile, die wörtlich oder sinngemäß einer Veröffentlichung entstammen, sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde noch nicht veröffentlicht oder einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

---

Ort / Datum / Unterschrift